

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal Mk. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Eine Geschichte des Sozialismus in England. I.	337	Lohnbewegungen und Streiks. Die Tariferneuerung im Baugewerbe. I. — Gärung in der britischen Metallindustrie	346
Wirtschaftliche Rundschau	339	Polizei, Justiz. Der Ruhrbergarbeiterstreik in gerichtlicher Beleuchtung	349
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rückblicke. VII. — Von den australischen Gewerkschaften	340	Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen. — „Volkswirtschaft“. — Ein Beamter für Statistik gesucht	352
Kongresse. Fünftes Verbandstag des Centralverbandes der Bibilmusiker Deutschlands	344		

Eine Geschichte des Sozialismus in England.

Von E. d. Bernstein.

I.

Es ist in Deutschland und von Deutschen viel über den Sozialismus und die Arbeiterbewegung Englands geschrieben worden, aber eine umfassende Geschichte des Sozialismus in England hat uns bisher gefehlt. Was wir bis jetzt in dieser Hinsicht hatten, waren Abhandlungen über bestimmte Phasen oder bestimmte Formen der Bewegungen der Arbeiterklasse oder Monographien über bestimmte hervorragende Vertreter und Abarten des Sozialismus. Wenn somit auch viel Material auf diese Weise zusammengetragen wurde, und wenn auch gewisse Epochen und Erscheinungen der Bewegung ganz vortreffliche Beleuchtung gefunden haben, so liefert diese Literatur in ihrer Gesamtheit doch immer nur erst ein lückenhaftes und darum auch zu falschen Schlüssen führendes Bild von der Geschichte des Sozialismus in England.

Es ist das durchaus keine gleichgültige Sache. Die Arbeiterbewegung Englands hat nicht nur uns auf dem Festland, sondern auch vielen festländischen Sozialisten, die in England sich aufhielten, allerhand Rätsel aufgegeben. Sie ist in mancher Hinsicht selbst heute noch vielen ein Buch mit sieben Siegeln. Alles Dinge, die in hohem Grade dem Umstande geschuldet sind, daß man die Geschichte dieser Bewegung nur ungenügend kennt. Die Folge mangelhafter Kenntnis der Geschichte einer Bewegung sind eben falsche Urteile über ihre gegenwärtigen Formen und Leistungen. Es sind niemals nur die Verhältnisse, unter denen wir leben, was unser Denken und damit auch unser Handeln bestimmt. Die Umstände und das Wie unseres Werdens sind ebenfalls bedeutende Faktoren unseres Denkens und Handelns. Wollen wir letztere richtig beurteilen und einschätzen, so müssen wir daher auch die ersteren kennen. Wie die sogenannte öffentliche Meinung fast immer nur aus Erfahrungen einer vergangenen Zeit abgeleitete Urteile widerspiegelt, so bilden für die Mehrheit der Menschen übernommene Anschauungen die Vernunft ihres Handelns.

Jetzt ist nun ein Buch erschienen, das dem hier geschilderten Mangel gründlich abhilft. Es ist dies

das Werk „Geschichte des Sozialismus in England“ von W. Beer.*) Ein Band von 31 Bogen gibt es die Geschichte des englischen Sozialismus in einer Vollständigkeit, wie sie unseres Wissens noch in keiner Sprache, auch der englischen nicht, dargeboten wurde. Auch englische Sozialisten werden durch dieses Buch vieles aus der Geschichte des Sozialismus ihres Landes erst kennen lernen. Denn wenn ihnen auch Schriften über jede der behandelten Epochen und Erscheinungen zur Verfügung stehen, so fehlte doch eben auch in England bis jetzt noch die zusammenfassende Behandlung alles Hierhergehörigen in einem Werk, welches die ökonomischen, politischen, rechts- und geistesgeschichtlichen Zusammenhänge methodisch und nach einheitlichen Gesichtspunkten zur Darstellung bringt. Denn nur, wo volle Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Elemente mit einer Behandlung des Stoffes sich verbindet, die von einheitlichen Gesichtspunkten, d. h. von methodischer Geschichtsbetrachtung getragen ist, entsteht ein wirkliches Geschichtswerk.

Beer läßt seine Geschichte um die Mitte des 18. Jahrhunderts beginnen. Mit gutem Grund. Zwei Leitgedanken durchziehen sein Buch, so erklärt er im Vorwort. „Erstens daß die wirtschaftliche Revolution den Anstoß zur Sozialkritik gab und den Aufstieg der Arbeiterklasse ermöglichte; zweitens daß die Entstehung der modernen sozialistischen Gedankewelt die Folge der wirtschaftlichen Revolution und des Aufstiegs der Arbeiterklasse ist: die sozialistische Lehre ist die Erklärerin dieser Entwicklung. Diese dem Marxismus entnommenen Leitgedanken bilden die Achse, um die sich mein Material gruppiert. Ich lege großes Gewicht auf die wirtschaftliche Umwälzung sowie auf die Äußerungen und Kundgebungen der Arbeiterklasse und betrachte den Sozialismus stets im Zusammenhang mit beiden.“ (XII.) Die wirtschaftliche Umwälzung aber, die in England den Sozialismus als Bewegung hervorrief, vollzieht sich eben in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Vorher gab es zwar dort schon sozialistische Staatsgemälde und Reformpläne. Thomas More im 16., Gerard Winstanley im 17. und John Bellers

*) Stuttgart, J. G. B. Dietz Nachfolger, G. m. b. H. 512 S. Großformat.

Freitag und der Gehilfenvertreter Herr Dreier, seitens des Kreisvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins Herr Broschke, seitens des Gauvorstandes des Buchdruckerverbandes Herr Steinhardt, als Vertreter des Centralvorstandes des Verbandes der Deutschen Buchdrucker Herr Döblin und seitens der Geschäftsleitung die unterzeichneten Vorstandsmitglieder Heinrich Kaufmann und Dr. August Müller sowie der Betriebsleiter Herr Steinhoff teilnahmen.

1. Das gesamte aus den Betrieben der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ausgeschiedene Buchdruckerpersonal wird nach Maßgabe der vorhandenen Plätze zu den bisher für dieses geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder eingestellt.

2. Die vom Buchdruckerpersonal aufgestellten Forderungen werden, soweit sie nicht durch den Inhalt dieser Erklärung gegenstandslos geworden sind, zurückgezogen.

Es wird anerkannt, daß die Entlassung der drei Buchdrucker, die sich weigerten, der Unterstützungskasse beizutreten, obwohl sie vom Tariffchiedsgericht als tarifwidrig bezeichnet wurde, den Bestrebungen entspringen ist, den gesamten beschäftigten Buchdruckern die Mitgliedschaft bei der Unterstützungskasse zu ermöglichen. Sie kann darum nicht als Maßregelung im üblichen Sinne des Wortes gewertet werden.

Die in der öffentlichen Erörterung dieses Falles erfolgten Angriffe gegen die Geschäftsleitung werden, soweit sie dazu geeignet sind, deren Ansehen zu schädigen, zurückgenommen.

3. Maßregelungen finden nicht statt. Falls Entlassungen notwendig sind, erfolgen sie aus geschäftlichen Gründen.

4. Die Frage der Zugehörigkeit der Buchdrucker zur Unterstützungskasse des Centralverbandes deutscher Konsumvereine soll durch eine besondere Verständigung geregelt werden. Der aus diesem Anlaß entstandene Konflikt ist zur beiderseitigen Zufriedenheit beigelegt.

5. Beide Parteien einigen sich dahin, aus prinzipiellen Gründen die anhängig gemachte Feststellungsklage, ob die Massenkündigung tarifwidrig war, zur Entscheidung zu bringen.

Weitere Konsequenzen für das wiedereingestellte Personal werden aus dem Ausfalle dieser Entscheidung nicht gezogen.

Für die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H.
Der Vorstand:

gez. Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller,
Für den Verband der Deutschen Buchdrucker
gez. E. Döblin."

Streiks und Aussperrungen.

Der Kampf im Malergewerbe ist beendet, nachdem die Generalversammlungen der Arbeitnehmer mit starker, die des Arbeitgeberverbandes mit schwacher Mehrheit dem Schiedspruch der Unparteiischen zugestimmt haben. (Vergl. den Verbandsstagsbericht der Maler und Lackierer in der gleichen Nummer dieses Blattes.) Auf Seiten der Arbeitgeber scheint sich die Rückkehr zum Frieden aber nicht so glatt zu vollziehen. Besonders die Unternehmer von Rheinland-Westfalen zeigen wenig

Neigung, sich den Schiedsprüchen und dem Beschlusse ihres Bundestages zu fügen. In einem am 24. Mai versandten vertraulichen Mundschreiben des Syndikus der Ortsgruppe Elberfeld, Dr. Coelsch, reizen sie die Mitglieder zum ferneren Widerstand gegen die Schiedsprüche und die darin anerkannten Gehilfenforderungen auf und kündigen erneute Aussperrungen der Gehilfen an. Das Mundschreiben lautet:

Ortsgruppe Elberfeld Barmen, den 24. Mai 1913.
des Arbeitgeberverbandes
Gau II.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Hierdurch benachrichtigen wir Sie im Auftrage des Vorstandes unserer Ortsgruppe davon, daß heute Samstagabend die Sperre aufgehoben wird und unsere Werkstätten am Montag, den 26. d. M., wieder zu den von uns aufgestellten Bedingungen geöffnet werden.

Da durch den letzten Schiedspruch der Herren Unparteiischen weder das Tariffschema noch Lohn und Arbeitszeit geändert worden ist, hat die Abstimmung in Rheinland und Westfalen erneut die einhellige Ablehnung der Schiedsprüche mit 11½ Millionen Mark Lohnsumme ergeben. Wenn auch im Deutschen Reich die Schiedsprüche mit einer ganz kleinen Majorität, 29,8 Mill. gegen 28,2 Mill. angenommen worden sind, hat die Mehrheit unserer Kollegen in Rheinland und Westfalen beschlossen, den faulen Frieden nicht zu unterzeichnen, sondern die Aussperrung aufzuheben und unter dem anliegenden von uns herausgegebenen Tarif zu arbeiten.

Diesem Tarif sind unter Berücksichtigung unserer wichtigsten Wünsche die Bestimmungen des alten Reichstarifs zugrunde gelegt. Die Grundlöhne sind um 1 Pf. pro Stunde erhöht, so daß wir also auch nach dieser Richtung der Gehilfenschaft ein weitgehendes Entgegenkommen gezeigt haben. Höhere Löhne zu zahlen, soll möglichst vermieden werden.

Sollte eine Werkstatt in der nächsten Zeit von der Gehilfenschaft durch Streik angegriffen werden, so bitten wir, dies sofort zu melden; den betreffenden Gehilfen ist mitzuteilen, daß sie auf eine schwarze Liste gesetzt und ein Jahr lang nirgends mehr beschäftigt werden.

Evtl. wird es auch erforderlich werden, erneute Aussperrungen vorzunehmen.

Die gegenwärtige Zeit erfordert aus diesen Gründen größte Solidarität und eiserne Disziplin. Bewahren wir diese, so werden wir gegen die Angriffe der Gehilfenschaft gesiegt sein.

Angegriffenen Kollegen wird durch Unterstützung von Arbeitskräften aus anderen Werkstätten weiter geholfen werden.

Beiliegende Tarifverträge können unsere Mitglieder auf der Geschäftsstelle in beliebiger Anzahl kostenlos in Empfang nehmen.

Warnung vor Sondertarifen der Gehilfen!!!

Mit toll. Gruß

Dr. Coelsch, Syndikus.

Der Centralverband der Hausangestellten Deutschlands

sucht zu sofortigem Antritt für seine Hauptverwaltung

eine 1. und eine 2. Vorstehende,

die die Agitation für den Verband und die Redaktion des Verbandsorgans übernehmen können.

Bewerbungen sind möglichst sofort zu richten an den Vorstand des

Verbandes der Hausangestellten Deutschlands
Berlin SO. 16, Engelufer 21.

weise. Denn Wallaces Hauptschriften erscheinen im 6. Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts, Spence trat mit seinem Plan 1778 auf, das Jahr vor Einführung der Spinnjenny, wo also die moderne Fabrik noch in den Windeln lag, ihre sozialökonomischen Wirkungen sich kaum ahnen ließen. Um so klarer zeichneten sich dagegen zu jener Zeit die Schäden des Bodenmonopols der Landjunker ab. Der berühmteste englische Sozialist vor Robert Owen wiederum, William Godwin, spricht zwar in seinem 1793 erschienenen Hauptwerk „Political Justice“ („Politische Gerechtigkeit“) von mechanischen Webstühlen und Dampfmaschinen. Aber er träumt davon, durch diese Maschinen die Fabriken abzuschaffen, hofft, daß die Maschinen die Menschen eines Tages in den Stand setzen werden, wieder allein zu arbeiten, statt in größerer Zahl zusammenarbeiten zu müssen. Eine Idee, die in merkwürdiger Verwandtschaft steht mit seinem Ideal einer staatenlosen Gesellschaft, denn Godwin ist der geistige Vater des anarchischen Kommunismus. Viel eingehender beschäftigt sich mit dem Fabrikssystem der wissenschaftlich hochbegabte Sozialist Charles Hall in seinem denkwürdigen Buch: „The Effects of Civilisation on the People in European States“ („Die Wirkungen der Zivilisation auf das Volk in den Staaten Europas“). Mit diesem 1805 erschienenen und von Beer mit großer, aber durchaus nicht übertriebener Liebe gewerteten Buch stehen wir an der Schwelle des modernen, auf der Analyse des industriellen Kapitalismus beruhenden Sozialismus.

Wirtschaftliche Rundschau.

Wachsende Enttäuschungen — Eisenproduktion — Geldmarkt — Neue Reichs- und Preußen-Anleihen — Bankzwischenfälle, St. Louis- und San Francisco-Bahn, argentinische Krisis.

Nichts will mehr recht gelingen, und so ist es kein Wunder, daß eine recht grämliche, zum Teil schon eine verbitterte und verzweifelte Stimmung sich mehr und mehr ausbreitet. Sie prägt sich um so tiefer aus, je mehr man vorher übermäßige Hoffnungen auf den Friedensschluß und seine wirtschaftlichen Wirkungen gesetzt hatte.

Im Mittelpunkt der Enttäuschungen steht nach wie vor der Eisenmarkt, dessen Verflaumung und Niedergang hier bereits öfter geschildert wurde. Immer deutlicher tritt hervor, daß bisher noch die Werke in ganz abnormer Weise von langfristigen alten Abträgen zehrten, daß aber jeder entsprechende Nachschub von neuen Bestellungen ausbleibt. Überall kann man das gleiche Urteil lesen und hören: Der Eingang von neuen Orders beschränkt sich auf den nötigsten laufenden Bedarf, der Konsum „deckt sich nur von der Hand in den Mund mit Ware ein“. Mit dem Wettlauf der Produzenten nach neuen Aufträgen und mit der Zurückhaltung der Abnehmer fallen naturgemäß die Preise weiter. In Düsseldorf notierte gewöhnliches Stabeisen aus Kluseisen (mittlerer Preis pro Tonne): am 3. Januar 124,50 Mk., am 30. Mai 109,00 Mk. Dabei finden aber, wenn die „Vossische Zeitung“ zutreffend berichtet ist, im stillen beträchtliche Unterbietungen statt, „zu Beginn der letzten Woche bis auf durchschnittlich 107½ Mk. herab; heute kann der Verbraucher wahrscheinlich noch billiger ankommen“. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt, gleichfalls über den Stabeisenmarkt, der allerdings am meisten unter der Abschwächung zu leiden hat: „Wenn nicht bald eine Besserung der ganzen

Marktlage eintritt, so dürfte noch auf einen weiteren Preisrückgang zu rechnen sein.“ Auch in Vandeisen ist, nach derselben Quelle, in letzter Zeit die Beschäftigung schwächer geworden, was aus den von den Werken gestellten Lieferfristen hervorgeht; neue Abträge kämen nur wenige zustande und seien nur unter Preisopfern hereinzubolen. Der niedrigste Inlandsgrundpreis für warmgewalztes Vandeisen sei zwar unverändert 145 Mk. netto ab Oberhausen, doch sehe derselbe nur noch auf dem Papier, weil die der rheinisch-westfälischen Vandeisenvereinigung nicht angehörenden Werke um etwa 7½ Mk. pro Tonne billiger anbieten und die fariellierten Werke unterderhand folgen müssen. Im Auslandsgeschäft ist Vandeisen sogar um 10 bis 12½ Mk. herabgesetzt, ohne daß deshalb der erhoffte größere Absatz zu erzielen war. Das Geschäft in kaltgewalztem Vandeisen stodt, wie weiter bemerkt wird, fast vollständig; hier wirkt allerdings der außerordentliche Umstand mit, daß jedermann die Entscheidung über das Fortbestehen des Verbandes abwartet. Ähnlich lauten die Nachrichten vom Blechmarkt (allenfalls mit Ausnahme der Schiffsbleche und Grobbleche), ferner für Gasröhren; für Walzdraht vielleicht weniger, aber um so mehr für gezogene Drähte und Drahtstifte. Für die Kleineisenindustrie war schon lange der Balkankrieg und noch mehr das Daniederliegen der Baugewerbe die Ursache von vielseitigen Verlegenheiten. Am besten halten sich noch diejenigen Produktionszweige, die meist erst am spätesten die Abschwächung des Eisenmarktes fühlen: die Maschinen- und Kesselfabriken und vor allem die Roheisenproduktion, deren Erzeugnisse, wie man sich erinnern wird, oft noch im Beginn der allgemeineren Krisis durch ihren unerschütterlichen Preishochstand die schärfste Kritik herausforderten. Vielleicht erleben wir demnächst eine Neuaufgabe des alten Interessentrites zwischen Weiterverarbeitern und Rohstoff- und Halbzeugproduzenten, aber an dem durchschnittlichen Wilde wird dadurch nichts geändert.

Der Geldmarkt, von dessen leichterem Beweglichkeit man sich eine stärkere Wirtschaftsbelebung versprach, verharrt in seiner Erstarrung und Anspannung. Im Vorjahre sank in der letzten Maiwoche bei der Reichsbank zwar die steuerfreie Reserve um 177,6 Millionen Mark, aber zum Schlusse blieb die Reichsbank noch immer mit 201,1 Millionen Mark (am 23. Mai mit 378,7 Millionen Mark) in der Steuerfreiheit. Zwischen dem 23. und 31. Mai des laufenden Jahres verwandelte sich eine Steuerfreiheit von nur 205,2 Millionen Mark in eine Steuerpflicht von 15,0 Millionen Mark. Der Privatdiskont war, besonders beim Monatsübergang, außerordentlich hoch, während sonst der Mai gewöhnlich einer der geldbilligsten Monate ist.

Sehr wenig freundlich wurde deshalb die Ankündigung aufgenommen, daß das Reich und Preußen neue Anleiheforderungen an den Markt stellen, noch dazu zu einer Zeit, ehe alle Restzahlungen auf die letzte Anleiheemission vom März vollständig erledigt sind. Diesmal handelt es sich um 50 Millionen Mark deutsche Reichsanleihe und 175 Millionen Mark preußische konsolidierte Staatsanleihe, beide 4prozentig und bis 1935 unkündbar; die öffentliche Zeichnung findet am 12. Juni zum Kurse von 97,90 statt (von 97,70 für Stücke, die unter Sperrung bis zum 15. April 1914 in das Reichs- und Staatsschuldbuch eingetragen werden). Die Uebernahmebanken erhalten einen etwas höheren Bruttogewinn als im März (Ueber-

zu Beginn des 18. Jahrhunderts stehen in dieser Beziehung obenan. Aber sie sind einzelne geblieben, deren Systeme keiner Bewegung von erheblicher Bedeutung und nennenswerter Dauer Leben gaben oder Ausdrud verliehen. Sie haben nicht einmal Schule gemacht. Gleich Meteoren tauchten sie auf und vergingen, ohne durch ihre sozialistischen Schriften auf das Wollen ihrer Zeitgenossen einen nachhaltigen Einfluss auszuüben. Es fehlte eben die Klasse, die sich ihre Reformvorschläge und Gesellschaftspläne zu eigen machen konnte.

Das achtzehnte Jahrhundert aber brachte die hierfür entscheidende Umwälzung in der Klassengliederung Englands hervor. In der Landwirtschaft brach sich der Großbetrieb Bahn, in der Industrie wurde die Maschinenteknik entwickelt, es entstand die moderne Fabrik. Das erste hatte die Folge, daß die Bauernschaft Englands rasch dahinschwand und die Dörfer verödeten. Ein Prozeß, der durch die in unerhört großem Umfange betriebenen Einhegungen von Gemeindeland von seiten der großen Grundherren ungemein verschärft wurde. Das fast ausschließlich aus Grundbesitzern zusammengesetzte Parlament gab diesen Landräubereien die gesetzliche Sanktion. Zugleich änderte es sein Verhalten in der Gewerbepolitik. Hatte ehemals eine gewisse patriarchalische Auffassung vorgeherrscht, dank der das Parlament sich gelegentlich der Arbeiter oder der Heimarbeit verrichtenden Handwerker gegen die kapitalistischen Unternehmer annahm, so wurde es nun zur Regel, den Fabrikanten gegen die unbotmäßigen Arbeiter beizustehen. Eine Praxis, welcher der oft gewalttätige Widerstand der Arbeiter gegen die Einführung von Maschinen und sonstigen Arbeit sparenden Einrichtungen eine gewisse theoretische Rechtfertigung lieferte, die sich aber nicht auf Niederhaltung solcher, vom Zunftgeist diktiert Erhebungen beschränkte, sondern sich gegen alle Versuche der Arbeiter richtete, ihre Lage durch das Mittel der Koalition zu verbessern oder durch gesetzliche Lohnregulierung einen Schutz gegen Verschlechterungen zu erlangen. Gegen die Arbeiter ward die aufkommende Lehre von der Allheilkräft der freien Konkurrenz als Dogma geltend gemacht.

Es ist vornehmlich das Zusammenwirken der Bauernausrottung mit dem Einzug der Maschine in die Industrie, was die soziale Verheerung herbeiführte, von der uns die Berichte über Englands Zustände an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erzählen. Die Fabrik allein hätte diese ungeheuren Entartungserscheinungen nicht verursachen können, wenn nicht das herrschende Junkertum durch Konfiskationen von Gemeindeland und durch „Lichten“ der Güter von Bauern und Kleinpächtern dafür gesorgt hätte, daß den Städten ein Proletariat zuströmte, das furchtbar auf die Löhne drückte und in der ungewohnten Umgebung moralisch verlam. Ein weiterer Umstand, der zur Verelendung der großen Masse des arbeitenden Volkes beitrug, war die Handels- und Steuerpolitik des Junkerparlaments. Die wachsenden Ausgaben des Staates mußten sämtlich durch indirekte Steuern aufgebracht werden, während Kornzölle und Ausfuhrprämien für Agrarprodukte dafür sorgten, die Preise der notwendigsten Lebensmittel in die Höhe zu schrauben.

Unter der Einwirkung all dieser Vorgänge und Entwicklungen kommt in England von neuem eine sozialistische Gesellschaftskritik auf. Reformvorschläge sozialistischen Charakters werden ausgearbeitet, und es entsteht eine sozialistische Propaganda. Sie ist die Parallelercheinung einer bürgerlich-radikalen Kritik

der herrschenden Wirtschaftspolitik und unterscheidet sich von dieser oft nur dadurch, daß sie geradlinig deren letzte Konsequenzen zieht. Selbstverständlich litten nicht nur die Lohnproletarier unter der Wirtschaftspolitik des Landjunkerparlaments. Sie schädigte auch weite Kreise des Bürgertums, deren Unzufriedenheit wuchs, als der Krieg zur Niederhaltung der nordamerikanischen Kolonien und die Kriege gegen die französische Revolution und deren Fortsetzer Bonaparte die Staatsschuld auf über 17 Milliarden Mark trieben, die Bank von England die Einlösung ihrer Noten auf längere Zeit einstellen mußte und schließlich eine Entwertung des Papiergeldes bis auf 60 Proz. des Nennbetrages eintrat. Auch an die bürgerlichen Gelehrten und Schriftsteller der Epoche trat die Notwendigkeit heran, die Fragen der politischen Staatseinrichtungen, des Rechts, der Oekonomie und der damit zusammenhängenden sozialen Kulturelemente von Grund aus der wissenschaftlichen Nachprüfung zu unterwerfen. Es entsteht eine radikale Staats- und Gesellschaftskritik, die kein überkommenes soziales Dogma gelten lassen, keine Institution um ihres Alters willen anerkennen will, sondern alles, was Staat und Gesellschaft betrifft, nur unter dem Gesichtspunkte seiner Nützlichkeit für das Gemeinwohl wertet. Ihr klassischer Sozialphilosoph ist Jeremias Bentham, während sie in David Ricardo ihren bedeutendsten Nationalökonom finden. In Benthams Gesellschaftstheorie, die selbst wieder von den materialistischen Philosophen Frankreichs beeinflusst ist, knüpfen die meisten englischen Sozialisten der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts an, und wie stark Ricardos ökonomische Theoreme von den englischen Sozialisten seiner Zeit für die ökonomische Begründung des Sozialismus in Anspruch genommen wurden, wissen wir aus Karl Marx.

Es ist eines der Verdienste des Beer'schen Geschichtswerks, den aufkommenden englischen Sozialismus in seinem Zusammenhange mit diesen ökonomischen, politischen und geistigen Strömungen der Epoche dargestellt zu haben. Soviel Ueberraschendes Beer uns aus den Schriften dieses Sozialismus vorführt, so erkennen wir es dadurch doch als etwas auf vorbereitetem Boden natürlich Gewordenes oder Erwachsenes, statt es als aus dem Chaos wunderbar Erstandenes anzutauen.

Die ganze Epoche vom Beginn des letzten Drittels des 18. Jahrhunderts bis zum fünften Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts trägt in England revolutionäre Züge. Arbeiterunruhen, Ausbrüche der Erbitterung des Landvolks, politische Agitationen revolutionärer Tendenz reißen nicht ab. Im 18. Jahrhundert schon setzt eine Agitation für das allgemeine und gleiche Wahlrecht ein — ein indirektes Wahlrecht kannte England selbst damals nicht; die Forderung der geheimen Abstimmung erhält in Bentham ihren ersten Apostel. Aber ehe Bentham die Beseitigung der politischen Ungleichheit als Forderung der Nützlichkeitstheorie propagierte, forderte der Aufklärer Thomas Paine sie unter Berufung auf die natürlichen Menschenrechte, und auf die Massen hat der Feuergeist Paine sehr viel unmittelbarer und stärker eingewirkt als der stubenhockende Bentham. Die ersten namhaften englischen Sozialisten der Epoche sind überhaupt noch nicht von Bentham beeinflusst. Robert Wallace und Thomas Spence schrieben ihre sozialistischen Abhandlungen, ehe Benthams Schriften weiteren Kreisen bekannt wurden. Diese beiden Sozialisten sind noch in erster Linie Bodenreformer. Und dies begreiflicher-

regierung im September 1912 zur Milderung der Fleischsteuerung ergriff, sind vollständig ungenügend, denn trotz der schleunigst eingeleiteten Fleischeinfuhr des Berliner Magistrats beispielsweise trat auf dem Berliner Markt keine wesentliche Abschwächung der Preise ein. Am Berliner Viehmarkt entwickelten sich die Höchstpreise im Durchschnitt für 100 Pfund Schlachtgewicht (bei Schweinen 100 Pfund Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara) folgendermaßen:

	J a h r				
	1908 Mk.	1909 Mk.	1910 Mk.	1911 Mk.	1912 Mk.
Rinder . . .	78,69	76,78	82,78	84,17	91,06
Schweine . . .	60,10	69,84	68,04	58,91	75,97
Kälber . . .	95,24	94,74	107,19	105,55	111,37
Lamm . . .	76,51	72,05	77,31	74,—	81,22
Lämmer . . .	79,44	76,86	83,10	82,85	91,80

Diese Preissteigerungen gehen weit über das hinaus, was die schlechten Futtermittelernten 1910 und 1911 verschuldet haben. Vielmehr muß diese anhaltende Fleischsteuerung der Forderung auf Öffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischeinfuhr unwiderstehliches Gewicht verleihen. Die deutsche Landwirtschaft hat zweifellos große Fortschritte in produktiver und technischer Beziehung gemacht, das kann und soll nicht geleugnet werden. Aber sie kann den Bedarf eines Volkes von 65 Millionen, von dem der größte Teil in Handel, Industrie und Nebengewerben beschäftigt ist, nicht decken. Ist das schon bei Normalernten der Fall, so tritt die Tatsache um so schwerwiegender hervor bei dem geringsten Ernteausschlag, der, wie die obige Preisbewegung zeigt, zu den unglaublichsten Preisen führt. Deshalb halten wir die gewiß recht interessanten Untersuchungen über die Goldproduktion für weniger wertvoll. Uns kommt es vielmehr darauf an, daß die Aufmerksamkeit von den wichtigeren Ursachen der Lebensmittelteuerung nicht abgelenkt wird. Nur die gesteigerte Zufuhr von Lebensmitteln kann eine der allgemeinen Volkswohlfahrt entsprechende Herabsetzung der Preise herbeiführen. Neben der Steigerung der Agrarproduktion muß die Beschränkung der Einfuhr beseitigt werden. Daran haben nicht nur die Industriearbeiter, sondern die Industrie selbst sowohl als die breitesten Volksschichten ein Lebensinteresse.

Für die Rentabilität der Nahrungs- und Genussmittelindustrie scheint die Preissteigerung der Lebensmittel von wenig Belang gewesen zu sein. Die folgende Tabelle gibt die entsprechenden Vergleichszahlen für 1910/11 und 1911/12.

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital 1911/12 in 1000 Mk.	Dividende in Prozent	
			1910/11	1911/12
Brauereien . . .	461	566 104	7,1	7,1
Malzfabriken . . .	87	29 122	4,9	5,1
Mühlen . . .	58	70 860	5,8	6,8
Zuckerfabriken . . .	94	126 727	11,0	9,9
Sonst. Nahrungsmitt.	142	262 710	8,5	8,9
Summa Nahrungs- und Genussmittel	792	1 055 523	7,8	7,8

Einen Rückgang in der Rentabilität hatten nur die Zuckerfabriken, deren Dividende im Durchschnitt auf 9,9 Proz. fiel. Das ist aber auch eine ganz ansehnliche Dividende.

Ueber große Schwierigkeiten klagt immer noch die Tabakindustrie, die noch nicht die Wir-

kungen der „Finanzreform“ von 1909 überwinden hat. Dazu kamen im Berichtsjahre eine Steigerung der Rohabakpreise, die die Produktionskosten erhöhte, und die allgemeine Lebensmittelteuerung, die den Abfag erschwerte. Die Organisation der Tabakarbeiter hat natürlich unter diesen Verhältnissen schwer zu leiden; sie hat im Berichtsjahre ihre Mitgliederzahl von 35 449 auf 37 211 steigern können, aber darin liegt auch die Zahl der übergetretenen Mitglieder des früheren Verbandes der Zigarrenfortierer, die 2686 betrug. In Wirklichkeit ist also keine Steigerung der Zahl der organisierten Tabakarbeiter eingetreten. Die Kassenverhältnisse des Verbandes gestalteten sich im Jahre 1912 folgendermaßen: An Eintrittsgeldern wurden 4677 Mk., an regulären Beiträgen 817 282,25 Mk., an Extrabeiträgen 69 077,45 Mk. vereinnahmt. Der Sortiererverband brachte der Kasse 18 242,71 Mk. Von der Generalkommission erhielt der Verband 356 505,07 Mk. An Inseraten und Abonnements wurden 14 904,68 Mk., an Zinsen 10 295,25 Mk. und als Sonstiges 7984,32 Mk. eingenommen. Mit dem am 1. Januar 1912 vorhandenen Bestand von 230 716,94 Mk. hatte der Verband im Jahre 1912 eine Gesamteinnahme von 1 529 685,67 Mk. Die Ausgaben sind insgesamt 1 422 992,12 Mk., so daß am Jahresluß ein Bestand von 106 693,55 Mk. verbleibt. Ausgegeben sind insbesondere für Rechtschutz 1920,89 Mk., für Gemahregeltenunterstützung 199 427,54 Mk., für Streiks und Lohnbewegungen 379 731,06 Mk., für Streiks in anderen Gewerkschaften 8000 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 166 373,90 Mk., für Umzugs- und Fahrgeldunterstützung 13 397,66 Mk. und für Krankenunterstützung 241 311,43 Mk.

Das Jahr war für die Tabakarbeiter ein Kampfsjahr, wie aus der hohen Ausgabe für Streiks und Lohnbewegungen hervorgeht. Die weit größere Zahl der Lohnbewegungen konnte ohne Kampf beendet werden. Die Erfolge der gesamten Bewegungen sind im Jahresdurchschnitt folgendermaßen zusammengefaßt:

Die geführten Angriffsbewegungen ohne und mit Streik brachten den beteiligten Arbeitern nach gewissenhafter Schätzung eine Erhöhung ihres Verdienstes bis 2,50 Mk. pro Woche, und zwar

für 3170 Arbeiter bis 0,50 Mk. =	1585	Mk. pro Woche,
16493 „ „ 1,— „ =	11231	„ „ „
1127 „ „ 1,50 „ =	1612	„ „ „
202 „ „ 2,— „ =	408	„ „ „
104 „ „ 2,50 „ =	260	„ „ „

insges. für 21096 Arbeiter bis 2,50 Mk. = 15091 Mk. pro Woche.

Außerdem wurde für 821 Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit um 1604 Stunden verkürzt.

Im Bäckereigewerbe ist das Bezeichnende die fortdauernde Entwicklung der genossenschaftlichen Brotproduktion. Von 35 Vereinen mit 562 Beschäftigten im Jahre 1901 ist die Zahl der brotproduzierenden Konsumvereine auf 262 Vereine mit 3066 Beschäftigten im Jahre 1911/12 gestiegen. Und der Umsatz der Konsumbäckereien stieg in der gleichen Zeit von 8 568 709 Mk. auf 82 569 693 Mk. Diese enorme Steigerung der genossenschaftlichen Brotproduktion hat für die Organisation der Bäckearbeiter zweifellos große Vorteile im Gefolge gehabt. Die Konsumbäckereien haben Arbeitsverhältnisse durchgeführt, die vorbildlich für die Privatbäckereien geworden sind und für den Kampf der Bäcker um eine bessere Lebenshaltung sehr fruchtbar wurden. Zudem ist das Koalitionsrecht in den Genossenschaftsbäckereien als eine Selbstverständlichkeit anerkannt, was für die organisatorische Entwicklung

nahmefurs 90, also Gewinnchance 0,90 Proz. gegen 0,60 und 0,50 Proz. im März); geflissentlich wurde auch betont, daß beide Anleihen lediglich werbenden Zwecken, insbesondere den Ausgaben für Eisenbahnbauten dienen; man wies sogar auf die sehr willkommene belebende Anregung auf die Eisenindustrien durch die hohen Staatsbahnbestellungen hin. Alles dies vermochte die frostige, wenn nicht feindliche Stimmung nicht zu beseitigen; die Antwort bildeten zunächst nur Kursrückgänge der deutschen und preussischen Anleihen; am 31. Mai bei den 4prozentigen Reichsanleihen: bei den bis 1918 unfündbaren von 99,10 auf 98,90, bei den bis 1925 unfündbaren von 99,80 auf 99,70.

Hieran reihten sich noch Zwischenfälle, die als kleinere Nervenzstörungen fast immer größeren Schlaganfällen vorangehen. Kaum waren die Notverkäufe für die Lauenburger Depositentkassette der Danziger Privataktienbank unter Enthüllung schwerer Pflichtverletzungen seitens der Bankverwaltung vorüber, so kündigte am 31. Mai die westfälische Bankfirma Cleffmann, Sixtus u. Compagnie in Essen-Muhr einen vorläufigen Zahlungsausstand bis zum 4. Juni an; die dauernden Folgen sind im Augenblick noch nicht zu übersehen. Das Reinlichte war jedoch, um dieselbe Zeit, die Stellung der amerikanischen St. Louis- und San Francisco-Eisenbahn unter Zwangsverwaltung, denn alte Sünden der vermittelnden deutschen Großbanken wurden dadurch weiten Börsekreisen schmerzlich zum Bewußtsein gebracht. Noch im Jahre 1911 waren die 5prozentigen Obligationen dieses zweifelhaftesten Unternehmens mit 88 Proz. in Deutschland eingeführt worden, unter Vorangang der unnahbaren Deutschen Bank. Heute, nach zwei Jahren: Zwangsverwaltung, Kurs 55 Proz. und weitere Kursstürze wahrscheinlich. Endlich kommen recht bedenkliche Nachrichten aus Argentinien, das seinen Aufschwung, wie immer, mit großen spekulativen Ausschreitungen begleitete und nunmehr die unvermeidliche „Reaktion“ heraufziehen sieht. Sind das alles Sturmvögel vor dem hereinbruch der wirklichen Schlußabrechnung? Oder wird sich der Himmel nochmals klären?

Berlin, 3. Juni 1913.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

VII.

Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Die enorme Preissteigerung der meisten Rohmaterialien dieser Industrie hielt auch im Berichtsjahre an, so daß der Geschäftsgang dadurch stark beeinträchtigt wurde. Mehr als sonstige Industriegruppen ist die Nahrungs- und Genußmittelindustrie von der momentanen Lage der breiten Massen der Bevölkerung abhängig. Der relativ günstige Geschäftsgang wichtiger deutscher Industrien würde sicherlich einen Aufschwung der Nahrungsmittelindustrie zur Folge gehabt haben, wenn nicht die Verteuerung der Lebensmittel dem im Wege gestanden hätte. Diese anhaltende Teuerung wird auf die verschiedensten Ursachen zurückzuführen gesucht, von denen nur einige als feststehend anzusehen sind. Daß die reichsdeutsche Handelspolitik wesentlich zur Teuerung beiträgt, ist so oft nachgewiesen, daß über diesen Punkt Zweifel nicht aufkommen können. Daß die Grenzsperrbez. bzw. Erschwerung der Einfuhr ausländischer Agrarprodukte, insbesondere von Vieh und

Fleisch, die deutsche Preisbildung stark beeinflusst, ist unbestritten. Die Preisbildung ist auch bei den Nahrungsmitteln wesentlich von Angebot und Nachfrage abhängig. Die Trockenheit des Sommers 1911 beispielsweise hat sofort eine erhebliche Preissteigerung verschiedener wichtiger Agrarprodukte verursacht. In den Berichten der Nahrungsmittelindustrie für 1912 kommt dieses klimatische Ergebnis des Jahres 1911 wiederholt zum Ausdruck. Die Mühlen klagen über die Steigerung der Getreidepreise, die Bäckereien über die Preissteigerung von Mehl, Fettwaren und Zucker, die Kartoffelindustrie einschließlich der Spiritusfabrikation hatte unter der Mißernte von 1912 zum Teil schwer zu leiden, was schon daraus hervorgeht, daß der Export deutscher Kartoffelfabrikate von 621 118 Doppelzentner im Jahre 1911 auf 246 010 Doppelzentner im Berichtsjahre zurückging. Die Berliner Preise für Kartoffelfabrikate, die schon im 4. Quartal 1911 in die Höhe schnellten, wurden erst mit dem Beginn der neuen Kampagne im Jahre 1912 abgeschwächt. Kartoffelstärke und Mehl hielten sich auf 30 bis 35,50 Mk. pro 100 Kilogramm franco Berlin bis Oktober 1912, wo eine Preissenkung auf 22 bis 25 Mk., je nach den Qualitäten, einsetzte. Die gleiche Tendenz weisen Dextrin, Rohstärke usw. auf. Die europäische Rubenernte ging im Jahre 1911 von 80 103 650 Doppelzentner auf 62 576 790 Doppelzentner zurück, und man hätte mit einer noch stärkeren Anziehung der Preise rechnen müssen, wenn nicht die Rohrzuckerernte und die Rübenzuckerproduktion der Vereinigten Staaten eine Zunahme erbracht hätten. Die deutsche Zuckerausfuhr ging infolge der Produktionsabnahme von 11 277 330 Doppelzentner 1910/11 auf 2 904 210 Doppelzentner im Berichtsjahre zurück und selbst der inländische Verbrauch ging von 12 227 755 Doppelzentner auf 12 627 335 Doppelzentner zurück. Das Brauereigewerbe hatte sowohl unter der Preissteigerung von Rohstoffen und Futtermitteln, wie auch unter der kühlen Witterung des Sommers 1912 zu leiden. Die erstere verteuerte die Produktion; die zweite erschwerte den Absatz.

Ganz besonders traten aber die Wirkungen der durch Witterungsverhältnisse beeinträchtigten Agrarproduktion auf dem Markte der tierischen Rohprodukte und Fabrikate hervor. Hier leiden die weitesten Bevölkerungsschichten des Reiches seit Jahren unter einer Preissteigerung, die infolge der veränderten Lebensverhältnisse zur Unterernährung des Volkes nicht nur führen muß, sondern bereits geführt hat. Die deutsche Futtermittelernte war schon im Jahre 1910 mit Ausnahme von Wiesenheu zurückgegangen, das Jahr 1911 brachte zwar eine kleine Steigerung der Ernte bei Sommergerste — die aber immer noch um 340 000 Doppelzentner hinter der Ernte des Jahres 1909 zurückblieb —, die Kartoffel- und Wiesenheuernte ging aber erheblich zurück, die erstere von 43 468 395 auf 34 374 225 Tonnen, die Wiesenheuernte von 28 250 115 auf 19 975 324 Tonnen. Die schon vorher verminderten Viehbestände konnten bei diesen Ernteergebnissen nicht ergänzt werden und die Schweineanzucht ist unter dem Einfluß der Futtermittelpreise gar zurückgegangen. Der Bericht der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft stellt für das Frühjahr 1912 ein starkes Nachlassen der Schweinehaltung fest. Die Folge war eine erhebliche Preissteigerung, die weit über die früheren Preise hinausgeht und infolge der agrarischen Zollpolitik keine Korrektur durch vermehrte Einfuhr erhalten konnte. Die Maßnahmen, die die Reichs-

für die Arbeiter gehört der Brauereiarbeiterverband zu den Pionieren unter den deutschen Gewerkschaften.

Gastwirtsgehilfen.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen gehört zu den Organisationen, die ungeheuerliche Schwierigkeiten bei der Organisierung ihrer Berufsangehörigen zu überwinden haben. Obgleich in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht worden sind, kann noch gar keine Rede davon sein, daß diese Schwierigkeiten zum größeren Teil überwunden wären. Dazu sibt die Korruption und die gelbe Seuche in dieser Berufskategorie zu fest und es wird einer großen Arbeit in Verbindung mit erstem Wollen bedürfen, um dieser Zustände Herr zu werden. Die Trinkgelderkorruption zu beseitigen, muß eine der ersten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation der Gastwirtsgehilfen sein. Es genügt nicht, nur die Bezahlung der Arbeitsleistung vom Arbeitgeber zu fordern und schließlich zu erzwingen, sondern dazu muß die innere Erziehungsarbeit kommen, die den Gastwirtsgehilfen die Annahme und Bettelei um Trinkgelder als etwas Unehrenhaftes empfinden läßt. In dieser Hinsicht bleibt noch recht viel zu tun übrig.

Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 13 918 auf 16 542 oder um 18,9 Proz. Nur 13,8 Prozent der Mitglieder gehören dem Verbands fünf Jahre und darüber an. Das Alter der Mitglieder beträgt nach den Feststellungen vom Jahreschluß 1912: 9,4 Proz. stehen im Alter bis zu 20 Jahren, 41,67 Proz. zwischen 20—30 Jahren, 31,91 Proz. sind 30—40 Jahre und 17,01 Proz. über 40 Jahre alt. Diese Ziffern sind relativ günstig, nur eine geringfügige Zahl der Mitglieder ist unter 20 Jahren, während fast 49 Proz. gar über 30 Jahre alt sind.

Das Charakteristische in der Gastwirtsgehilfenbewegung der letzten Jahre ist die Zunahme der Lohnkämpfe. Bis vor wenigen Jahren waren Streiks im Gastwirtsgewerbe so gut wie unbekannt. Im Jahre 1912 wurden 268 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen geführt, die sich auf 766 Betriebe mit 9462 Beschäftigten erstreckten. In 243 von 268 Fällen wurden die Bewegungen friedlich beigelegt. Erfolge wurden für 5389 Personen erzielt, und zwar erhielten 4914 Personen eine Lohnerhöhung von 17 695 Mk. oder pro Person im Durchschnitt 3,60 Mk. wöchentlich. Außer der Lohnerhöhung wurden für 4826 Beteiligte sonstige Vorteile erzielt, wie Ersatz der Beköstigung durch Barlohn, Anerkennung der Organisation und des Arbeitsnachweises usw. Eine tarifliche Festlegung der Arbeitsbedingungen wurde in 181 Fällen für 4477 Personen erzielt. 16 Tarifverträge sind mit Gastwirtsvereinen abgeschlossen, während die übrigen Firmenverträge sind. Bei der Bewertung dieser gewiß recht schätzenswerten Erfolge des Verbandes möchten wir die Erwartung aussprechen, daß mit der Erstarkung der Organisation der Verband den Ersatz der Trinkgelder durch feste Lohnvereinbarungen in den Vordergrund seiner Lohnbewegungen stellt.

Die Verbandseinnahmen bezifferten sich auf 450 524 Mk., gegen 324 390 Mk. im Vorjahre. Die Ausgaben stiegen von 285 983 Mk. auf 415 703 Mk. Der Kassenbestand erhöhte sich von 171 974 Mk. auf 206 795 Mk. Von den Ausgaben entfielen u. a. auf Krankenunterstützung 31 337 Mk., Arbeitslosenunterstützung 601 Mk., Reiseunterstützung 2408 Mk., Streif- und Gemahregelstenerunterstützung 10 179 Mk.,

Notunterstützung 8628 Mk. und auf Arbeitsvermittlung 18 185 Mk. Auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes hat sich also günstig entwickelt.

Gärtner.

Auch diese Organisation kann über eine ruhige aber stetige Entwicklung berichten. Nach jahrzehntelanger mühevoller Arbeit ist es nunmehr endlich gelungen, eine moderne Kampforganisation der Gärtner zu schaffen, die einen starken Einfluß auf die Arbeitsbedingungen auszuüben beginnt. Im Berichtsjahre stieg die Mitgliederzahl von 6113 auf 6950 und die Zahl der vereinnahmten Wochenbeiträge von 252 322 auf 283 227. Die Gesamteinnahmen stiegen von 144 483 Mk. auf 167 696 Mk. und die Ausgaben von 127 449 Mk. auf 168 745 Mk. Von den Ausgaben entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 16 877 Mk., Verbandsorgan 21 683 Mk., Krankenunterstützung 3150 Mk., Umzugsgeld 1291 Mk., Streiks 19 080 Mk., Agitation 11 845 Mk. usw. Die relativ hohe Ausgabe für das Verbandsorgan entsteht durch die Herausgabe des „Gärtnerfachblatt“, eine fachtechnische Beilage zur fachlichen Weiterbildung der Mitglieder, die diesen mit dem Verbandsorgan unentgeltlich geliefert wird. Das Fachblatt kostete im vorigen Jahre 5289 Mk., es erschien mit 26 Nummern, deren sorgfältige Redigierung den vollen Beifall der Verbandsmitglieder gefunden hat.

Das Verbandsvermögen betrug 65 688 Mk. gegen 66 737 Mk. am Schlusse des Jahres 1911. Die Abnahme ist auf die hohen Ausgaben für Lohnbewegungen und Unterstützungen sowie auf die Generalversammlung usw. zu setzen. Die Beschlüsse der Generalversammlung werden eine bessere Finanzierung des Verbandes ermöglichen. Die Lohnbewegungen waren von großem Erfolg; endgiltige Zahlen liegen uns aber noch nicht vor.

Von den australischen Gewerkschaften.

Den Berichten der amtlichen Gewerkschaftsregisterare ist zu entnehmen, daß die australischen Gewerkschaften im Jahre 1911 ihre Mitgliederzahl wieder bedeutend vermehrten. Diese Berichte umfassen aber nicht alle bestehenden Organisationen, sondern nur jene, die von dem Recht der Eintragung Gebrauch gemacht haben. Nicht eingetragene sind in den drei Staaten Neu-Südwaales, Westaustralien und Neu-Seeland nur verhältnismäßig wenige Organisationen, so daß uns die Berichte der Registerbeamten in diesen Staaten ein annähernd richtiges Bild vom Stand der gewerkschaftlichen Organisation gewähren.

Neu-Südwaales.

In Neu-Südwaales (1 646 700 Einwohner) gab es Ende 1911 174 eingetragene Gewerkschaften mit 151 019 Mitgliedern, wovon 146 275 männliche und 4744 weibliche Personen waren. Ein Jahr vorher hatten die registrierten Gewerkschaften 128 517 Mitglieder*, es ergab sich somit 1911 eine Zunahme um 22 502. In das Gewerkschaftsregister eingetragen wurden 1911 26 Arbeiterorganisationen, gestrichen wurden 11, aufgelöst hat sich eine Organisation, mit einer anderen verschmolzen haben sich zwei Organisationen; der Zuwachs beträgt also 11.

Nach Gewerbegruppen und dem Geschlecht gliederten sich die Gewerkschaftsmitglieder wie folgt:

* Berichtigte Zahl.

des Verbandes von Vorteil gewesen ist. Gewiß mag noch manches verbesserungsbedürftig sein auch in einzelnen Bäckereien der Konsumvereine, aber trotzdem bedeuten diese Betriebe sowohl für den Konsumumenten als den Arbeiter einen großen Fortschritt.

Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg von 26 468 auf 30 061, die im Jahresdurchschnitt von 25 218 auf 28 525. Die Branchenzugehörigkeit der Mitglieder ist aus folgenden Zahlen ersichtlich:

	1911	1912
Bäcker	17 910	20 684
Konditoren	1 628	1 685
Hilfsarbeiter	2 411	2 407
Arbeiterinnen	4 246	4 909
Lehrlinge	273	376

An Mitgliederbeiträgen wurden 663 636 Mk. bereinnahmt. Von den Ausgaben entfielen auf Unterstützungen bei Erwerbslosigkeit, Todesfall, Umzug und in Notfällen zusammen 198 342 Mk., darunter für Arbeitslosenunterstützung 104 354 Mk. und für Krankenunterstützung 74 419 Mk. Die Streiks des Verbandes erforderten eine Ausgabe von 44 027 Mk. und für Streiks anderer Verbände 34 448 Mk. Von der letzteren Summe ist ein wesentlicher Teil für Streiks der Bäckereiarbeiter im Auslande auf Grund internationaler Vereinbarungen verwendet worden. Der Vermögensbestand betrug 410 853 Mk., davon 71 893 Mk. in den Zahlstellen.

Die Lohnbewegung war nicht ganz so umfassend, wie im Vorjahre, wenigstens soweit die Größe der Kämpfe in Frage kommt. Es wurden 66 Lohnbewegungen mit 3751 Beteiligten auf friedlichem Wege beigelegt und es fanden 88 Lohnkämpfe mit 5656 direkt Beteiligten statt. Die Erfolge waren befriedigend, für 1706 Personen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 10394 Stunden wöchentlich erreicht und für 4927 Personen eine Lohnerhöhung von 7121 Mk. wöchentlich. Außerdem wurden für eine große Anzahl Personen sonstige Verbesserungen erzielt, wie Bezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit, Ferien usw. Tarifverträge wurden in 61 Fällen für 3920 Personen abgeschlossen. Insgesamt bestanden am Jahreschluß 222 Tarifverträge für 7920 Betriebe mit 20 628 Beschäftigten. Das ist, wenn man die ungeheuren Schwierigkeiten berücksichtigt, die sich der Organisierung der deutschen Bäckereiarbeiter jahrzehntelang entgegentürmten, ein hocherfreuliches Resultat dieser Organisationsarbeit.

Der Verband der Fleischer steigerte seine Mitgliederzahl von 5454 auf 6502. Auch diese Organisation hat in den letzten Jahren gute Erfolge erzielt. Die Einnahmen im Berichtsjahre beliefen sich auf 136 318 Mk., die Ausgaben auf 132 303 Mk. Von den letzteren entfielen auf Arbeitslosenunterstützung 8882 Mk., Krankenunterstützung 10 026 Mk., Lohnbewegungen und Streiks 14 215 Mk., Agitation 27 561 Mk. und aufs Verbandsorgan 10 159 Mk. Das Verbandsvermögen betrug am Jahreschluß 54 234 Mk.

Der Verband war im Berichtsjahre eifrigt bestrebt, die Lage seiner Mitglieder zu heben. Ueber die Erfolge dieser Tätigkeit gibt auch folgende Gegenüberstellung der zwei letzten Jahre Auskunft. Arbeitszeitverkürzung ist erreicht:

1911 für 644 Beschäftigte	7 010 1/2 Std. pro Woche
1912 " 1546 " "	11 948 1/2 " " "

Lohnerhöhung:

1911 für 742 Beschäftigte	1466,— Mk. pro Woche
1912 " 1546 " "	3065,60 " " "

Der Brauereiarbeiterverband steigerte im vorigen Jahre seine Mitgliederzahl um 3085 auf 50 739. Die Zunahme bleibt hinter der des Jahres 1911 erheblich zurück. Ueber die Ursachen der geringen Zunahme gibt der Geschäftsbericht keine Auskunft, es wird nur erklärt, daß aus der Wirtschaftslage keine erschwerenden Umstände geltend gemacht werden können. Die Zahl der Aufnahmen war kleiner, die der Austritte größer als im Jahre vorher, so daß eine größere Fluktuation festgestellt werden muß. Dagegen war die finanzielle Entwicklung sehr erfreulich; die Einnahmen stiegen auf 1 218 008 Mk. und das Vermögen der Hauptkassse auf 1 458 606 Mk. Pro Mitglied betrug das Vermögen 28,75 Mk. gegen 24,52 Mk. im Vorjahre. Werden die Lokalkassenbestände hinzugezählt, erreicht das gesamte Verbandsvermögen die Summe von 1 778 928 Mk. oder pro Mitglied 35,06 Mk. Die wesentlicheren Ausgaben sind aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

	1911 Mk.	1912 Mk.
Krankenunterstützung	200 062,60	224 387,78
Arbeitslosenunterstützung	62 205,20	78 588,18
Für Sterbegeld	25 613,26	27 434,26
An Gemahregelte	9 653,93	12 070,—
Unterstützung in Notfällen	8 303,10	9 612,85
Umzugskosten	2 175,50	1 827,80
Rechtsschutz	13 800,69	16 121,18
Streiks und Aussperrungen	141 342,73	51 989,94
Streiks anderer Verbände	3 173,—	6 238,75

Die Tarif- und Lohnbewegung erzielte folgende Resultate:

	Lohnerhöhung:	
	für Personen	pro Woche Mk.
Aus Bewegungen von 1912	12 325	19 378
" Tarifverträgen von 1911	4 057	2 945
" " " 1910	11 717	10 893
Insgesamt	28 099	33 216

	Arbeitszeitverkürzung:	
	für Personen	pro Woche Mk.
Aus Bewegung von 1912	7 051	25 099
Aus Tarifverträgen von 1910/11	95	285
Insgesamt	7 146	25 384

Die Bewegungen erstreckten sich auf folgende Branchen:

	Bewe- gun- gen	in Be- trieben	beteiligte Personen
Brauereien	211	403	10 150
Malzfabriken	35	46	650
Niederlagen, Seltersfabriken	45	71	399
Drennereien, Hefefabriken	21	40	747
Mühlen	61	85	1 414
Anderer Betriebe	4	4	104
Zusammen	377	649	13 464

Von großem Interesse ist die Entwicklung der Urlaubsgewährung auf Grund der Tarifverträge des Brauereiarbeiterverbandes.

Es war Urlaub tariflich vereinbart:

	in Beträgen für Betriebe	mit Personen
Ende 1907	384	619
Anfang 1910	386	818
Anfang 1911	536	1237
Anfang 1912	693	1458
Ende 1912	—	1701

Die Urlaubsgewährung auf Grund der Tarifverträge des Verbandes erstreckt sich demnach bereits weit über den Kreis der Verbandsmitglieder hinaus. In der tariflichen Festlegung von Ferien

	männl. Mitglieder	weibl.	zu- sammen
Baugewerbe	11 581	—	11 581
Bekleidungs-gewerbe	3 432	1 628	5 060
Metallgewerbe	10 202	—	10 202
Nahrungsmittel-gewerbe . . .	9 644	911	10 555
Bergbau	19 560	—	19 560
Landwirtschaft	23 595	10	23 605
Graphische Gewerbe	2 437	198	2 635
Eisenbahndienst	23 663	—	23 663
Kutscher usw.	3 758	1	3 759
Seeverkehr	15 541	—	15 541
Verschiedene produktive Ge- werbe	9 306	723	10 029
Verschiedene Gewerbe	13 690	1 273	14 963

Zusammen 146 275 4 744 151 019

Besonders ausgiebig war das Wachstum der Eisenbahnerorganisationen, die von 17 775 Mitgliedern 1910 auf 23 663 Mitglieder im Jahre 1911 zunahmen. In der Gruppe Landwirtschaft, welche hauptsächlich Viehhirten umfaßt, ging die Mitgliederzahl von 29 666 auf 23 605 zurück. Auch bei den Bergarbeitern ergab sich ein Mitgliederrückgang von 20 126 auf 19 560. Die Organisationen der Seeleute usw. nahmen von 13 221 Mitgliedern auf 15 541 Mitglieder zu. Hier wie überall in Australien sind die Arbeiter der weiterverarbeitenden Gewerbe verhältnismäßig schwach unter der Gesamtzahl der Organisierten vertreten.

Queensland.

Queensland ist der nördliche Nachbarstaat von Neu-Süd-wales und hat 605 800 Einwohner. Ende 1911 bestanden hier 34 Gewerkschaften; 5 wurden neu in das Register eingetragen und 8 schieden aus. Die Mitgliederzahl der 29 Gewerkschaften, die in beiden Jahren eingetragen waren, stieg von 6388 Ende 1910 auf 7918 Ende 1911, das ist um 1530. Aus der Reihe der registrierten Gewerkschaften wurden unter anderem die queensländischen Ortsgruppen der Australian Workers' Union, des Hirtenverbandes, gestrichen, die zusammen mehr Mitglieder haben als alle anderen in dem Staat befindlichen gewerkschaftlichen Organisationen (im Jahre 1911 11 270).

Westaustralien

(mit 282 100 Einwohnern) hatte Ende 1911 151 registrierte gewerkschaftliche Organisationen mit 29 888 Mitgliedern. Im Laufe des Jahres 1911 nahm die Mitgliederzahl um 9013 zu, denn Ende 1910 hatte sie erst 20 875 betragen. Da am 3. April 1911 93 760 Lohnarbeiter gezählt wurden, so kann man sagen, daß etwa ein Drittel der organisierten Personen wirklich den Gewerkschaften angehören. Die stärksten Organisationen sind jene der Bergarbeiter sowie der Holzfäller und Sägewerksarbeiter.

Aus drei Staaten des australischen Bundes liegen keine Angaben über die Stärke der Gewerkschaften vor; es sind dies die Staaten Victoria, Südaustralien und Tasmanien. In den beiden letztgenannten Staaten ist die Zahl der organisierten Arbeiter zweifellos gering; in Victoria wird sie etwa 80 000 bis 100 000 betragen.

In Neu-Seeland mit 1 008 500 europäischen Einwohnern ging im Jahre 1911 die Zahl der registrierten Gewerkschaften von 308 auf 307 und die Mitgliederzahl von 57 091 auf 55 629 zurück. Dieser Rückgang ist dadurch verursacht worden, daß sich einige der stärkeren Lokalvereine aus dem amtlichen Register streichen ließen, während die neu eingetragenen Gewerkschaften meist nur wenig Mitglieder hatten. Die ausgeschiedenen Organisationen verbanden sich mit

anderen unregistrierten Gewerkschaften zum Neuseeländischen Arbeiterbund (New Zealand Federation of Labour), der etwa 20 000 Mitglieder zählen soll. Die neue Centralorganisation ist dem hier geltenden Zwangsschiedswesen für Arbeitsstreitigkeiten abhold, da es sich gezeigt hat, daß dieses System für die Arbeiter von Nachteil ist. F.

Kongresse.

Fünfter Verbandstag des Centralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands.

In den Tagen vom 22. bis 25. April hielt der Centralverband der Zivilmusiker Deutschlands seinen 5. Verbandstag in Breslau ab. Der Verband gehört zu jenen gewerkschaftlichen Organisationen, die mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Das Klang aus dem Rechenschaftsbericht heraus, den Vorstand und Ausschuss erstatteten. Einleitend entschuldigte der Vorsitzende Fauth das Ausbleiben eines schriftlichen Berichts. Er sei die einzige angestellte Kraft im Verbandsrat und mit Arbeiten derart belastet, daß es ihm unmöglich gewesen sei, rechtzeitig einen Bericht für die Drucklegung fertigzustellen. Seinem mündlichen Bericht ist zu entnehmen, daß es dem Verband auch in der letzten Geschäftsperiode nicht möglich war, das Durchschnittseinkommen der Musiker zu erhöhen. Die Existenzverhältnisse derselben seien nach wie vor sehr traurige. Obwohl der Verband seit dem letzten Verbandstage keine größeren Lohnbewegungen geführt hat, gelang es ihm doch auf dem Wege friedlicher Verhandlungen, an verschiedenen Orten Lohnverbesserungen zu erreichen. Die Agitation müsse noch lebhafter betrieben werden, denn die Fortschritte, die der Verband gemacht hat, genügen nicht. Von der Anstellung von Gauleitern verpricht sich der Vorstand jedoch keinen Erfolg, denn durch öffentliche Agitation ist bei den Musikern nichts zu erreichen. Das Schwergewicht der Agitation müsse bei den örtlichen Leitungen liegen, die durch persönliche Fühlungnahme die Kollegen für die Organisation interessieren müssen. Der größte Gegner für die Ausbreitung des Verbandes ist der Allgemeine Deutsche Musikerverband, dem jedes Mittel recht ist, die Agitation zu erschweren. Der Vorstand empfiehlt, im Hauptvorstand eine weitere Kraft anzustellen, der die Agitation übertragen wird. Nachdem sich der Vorsitzende auch mit dem Ausbau des Verbandsorgans und den Vorkehrungen, die sein regelmäßiges Erscheinen sichern, beschäftigt hatte, erklärte er u. a., daß der Verband allerorts die Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft gefunden hat. Nur an einzelnen Orten sei es zu Differenzen mit den Gewerkschaftskartellen gekommen.

Aus dem Kassenbericht ist das folgende zu entnehmen: Inklusiv eines Kassenbestandes von 11 833,37 Mf. vom 4. Quartal 1909 hatte der Verband vom 1. Quartal 1910 bis inklusiv 4. Quartal 1912 eine Einnahme von 125 146,36 Mf. Die Gesamtausgabe betrug in dem gleichen Zeitraum 46 840,02 Mf. Der Kassenbestand betrug am Schluß des 4. Quartals 1912 48 306,34 Mf.

Unter den Ausgaben befinden sich für Krankenunterstützung 3713,14 Mf., Sterbeunterstützung 1255 Mf., Reiseunterstützung 199,27 Mf., Gemäßregeltenunterstützung 667,80 Mf., außerordentliche Unterstützung 2867,47 Mf., Rechtschutz 2253,64 Mf., Agitation 2270,83 Mf., Streiks im eigenen Beruf 350 Mf., Streiks anderer Berufe 500 Mf., für die Fachzeitung 4062,35 Mf. und den Ortsverwaltungen

bleiben zur freien Verfügung für lokale Ausgaben 31 440,14 Mk.

Nach den geleisteten Beiträgen berechnet, hatte der Verband am Beginn der Geschäftsperiode 1268 Mitglieder in 36 Zahlstellen und am Schluß des Jahres 1912 1885 Mitglieder in 37 Zahlstellen. Das ist eine Zunahme von 617 Mitgliedern.

Zum Geschäftsbericht lagen Anträge vor, die auf die Anstellung von Gauleitern in den verschiedenen Bezirken abzielten. Sie wurden jedoch sämtlich mit Rücksicht auf die hohen Kosten, die der Verband nicht tragen könne, und die eigenartigen Berufsverhältnisse abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, im Hauptvorstande einen Agitationsleiter anzustellen, der gemeinsam mit den Ortsverwaltungen eine intensive Agitation für den Verband betreiben soll. — Weitere Anträge wünschten eine bessere Ausgestaltung des Fachorgans und die Sicherung seines regelmäßigen Erscheinens. Zu diesem Zweck wurde unter anderem auch die Anstellung eines Redakteurs beantragt. Das wurde mit Rücksicht darauf, daß ein Agitationsleiter angestellt und dadurch der Vorsitzende entlastet wird, abgelehnt. Alle Anträge, die sich auf die Ausgestaltung des Verbandsorgans bezogen, wurden dem Vorstande überwiesen, zugleich aber auch von den Kollegen gewünscht, selbst an der Ausgestaltung des Organs mitzuarbeiten.

Von der Beschlussfassung über einen Antrag, der den Vorstand beauftragte, mit den Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftshäusern usw. in Verbindung zu treten, daß sie bei Bedarf von Musik nur den Arbeitsnachweis des Verbandes benutzen möchten, wurde auf Anraten des Vorstandes Abstand genommen. Es wurde den Mitgliedern der Rat gegeben, nur recht fleißig auch an ihrer fachlichen Ausbildung zu arbeiten, damit sie imstande seien, stets künstlerisch das Beste zu leisten, dann würden sie auch nicht mehr darüber zu klagen haben, daß ihr Arbeitsnachweis nicht benutzt wird. Schließlich wurde dem Vorstand für seine Tätigkeit Decharge erteilt.

Die Statutenberatung, die nach dem Geschäftsbericht sofort erledigt wurde, brachte nur wenige Änderungen am Statut. Es wurde u. a. beschlossen, „daß zum Verbands alle Personen zugelassen sind, die im Musikerberuf gewerblich tätig sind“. Andererseits wurde wiederum beschlossen:

„Tritt ein Mitglied unseres Verbandes in ein festes Dienstverhältnis in Staats- oder Kommunal- oder in ein pensionsfähiges Anstellungsverhältnis in Privatbetrieben, so ist seine Mitgliedschaft als erloschen zu erklären.“

„Arbeitsunfähige können während der Dauer ihrer Erwerbsunfähigkeit und alte und invalide Mitglieder, sofern sie dem Verbands mindestens 10 Jahre angehören, von der Beitragsleistung befreit werden.“

„Das Eintrittsgeld für Wiedereintretende, das früher 3 Mk. betrug, wurde ebenso wie das für Neueintretende auf 1 Mk. festgesetzt. — Die Reiseunterstützung, die bisher 3 Pf. pro Kilometer betrug, soll für die Folge 2 Mk. pro Tag betragen.“

Das neue Statut soll am 1. Oktober 1913 in Kraft treten.

Ueber: „Die Musiker unter der Reichsversicherung“ referierte Arbeitersekretär Genosse Reichert-Breslau. Der Referent erörterte die Grundzüge der sozialen Gesetzgebung und die Mängel, die ihr auch noch nach Inkrafttreten der Reichsversicherung anhaften. Er stellte Leistungen und Gegenleistungen einander gegenüber und zeigte, welche Unklarheit auch heute noch in bezug auf die Versicherung der Musiker herrscht.

Um nun darüber Klarheit zu schaffen, empfahl er dem Verbandstag, wie folgt zu beschließen:

„Der V. Verbandstag der Zivilmusiker macht es den Verbandsmitgliedern zur Pflicht, in allen Fällen, wo sich unsere Arbeitgeber weigern, die Beiträge zur Invaliden- und strankenversicherung zu entrichten, die rechtspredenden Instanzen, Versicherungsamt, Oberversicherungsamt, Aufsichtsbehörde anzurufen und darauf zu dringen, daß endlich Klarheit über die Versicherungspflicht der Zivilmusiker geschaffen wird.“

Ueber: „Die Versicherung der Privatangeestellten“ referierte der Vorsitzende Fauth, der nachwies, daß auch noch sehr viel Zweifel darüber herrschen, inwieweit Musiker diesem Gesetz unterstehen. Die Praxis werde es erst erweisen müssen, wie das Gesetz den Musikern gegenüber angewendet wird. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen, da sich ja wahrscheinlich der nächste Gewerkschaftskongress mit diesem neuen Versicherungszweig beschäftigen und die Stellung der organisierten Arbeiterschaft zu demselben präzisieren werde. In bezug auf die Beamten des Verbandes wurde beschlossen, daß die Beiträge derselben zur Privatangeestelltenversicherung der Verband ganz bezahlt und die zur Unterstützung der Angestellten in der Arbeiterbewegung zur Hälfte.

Beim Punkt: „Die Militärkonkurrenz in Theorie und Praxis“ wurden wiederum viele Klagen erhoben über die Konkurrenz, die den Zivilmusikern durch die Militärkapellen gemacht werden. Da alle Eingaben an die Militärverwaltung dagegen wirkungslos geblieben sind, beschloß der Verbandstag auf Antrag des Referenten Fauth wie folgt:

„Seitens der Militärverwaltung sind in neuerer Zeit wiederholt Rundgebungen ergangen, in denen stets die Behauptung wiederkehrt, daß seitens der Regierungen alles geschehen sei, den berechtigten Beschwerden der Zivilmusiker bezüglich der Militärkonkurrenz Rechnung zu tragen und daß infolge der von der Militärverwaltung getroffenen Maßnahmen berechtigte Beschwerden von den Zivilmusikern nicht vorgebracht werden können.“

Demgegenüber sieht sich der V. Verbandstag des Centralverbandes der Zivilmusiker Deutschlands genötigt, erneut festzustellen, daß die Erklärungen der Regierungsvertreter den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Zwar mag zuzugeben sein, daß die ergangenen Ministerialerlasse den Zweck verfolgen, den allergrößten Mißständen abzuhelfen. In Wirklichkeit aber stehen die Bestimmungen dieser Erlasse vielfach nur auf dem Papier, da die darin den Regiments- usw. Kommandeuren gegebenen Befugnisse, Ausnahmen zuzulassen, sehr weitgehende sind und davon der ausgedehnteste Gebrauch gemacht wird.

In der Tat ist weder in bezug auf die Verdrängung von Zivilmusikern aus ihren Stellungen durch Militärkapellen noch in bezug auf die Einhaltung der tariflichen Löhne ein nennenswerter Fortschritt zugunsten der Zivilmusiker in die Erscheinung getreten.

Der Verbandstag kann nur aufs tiefste bedauern, daß die Militärverwaltung sich als so unzulänglich und unzureichend informiert in dieser Frage erweist. Er ist aber auch nach wie vor davon überzeugt, daß eine wirkliche Besserung nur herbeigeführt werden kann durch ein gänzlich Verbot des gewerblichen Musizieren der Militärkapellen und macht es daher jedem Musiker zur dringenden Pflicht, alles einschlägige Material zu sammeln und mit allem Nachdruck bei Gesetzgebung und Regierung auf Erlaß eines solchen Verbots hinzuwirken.“

Im weiteren beschäftigte sich der Verbandstag mit der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen „Volksfürsorge“. Sowohl in einem Referat wie in der darauf folgenden kurzen Diskussion wurden die Schäden der heutigen, in privaten Händen liegenden Volksfürsorge nachgewiesen und dringend empfohlen, sobald die von den Gewerkschaften und Genossenschaften geschaffene Einrichtung

tung ins Leben tritt, derselben das weitgehendste Interesse entgegenzubringen. Dem wurde allseitig zugestimmt.

Die Besichtigung des Internationalen Arbeiterkongresses, der im Jahre 1914 in Wien stattfand, wurde nicht für notwendig erachtet; jedoch soll der Vorstand prüfen, ob sich damit eine Agitationstour verbinden läßt. In diesem Falle soll der Vorsitzende Fauth als Delegierter gewählt werden. Zum nächsten Gewerkschaftskongress wurde ebenfalls Fauth gewählt.

Ein Antrag aus Bremerhaven, der eine Verschmelzung des Musikerverbandes mit dem Verbande der Gastwirtsgehilfen befürwortete, wurde zurückgezogen, da bei den Delegierten keine Stimmung dafür vorhanden war.

Gleichfalls zurückgezogen wurde ein Antrag der gleichen Filiale, der dagegen protestierte, daß der Transportarbeiterverband die Musiker auf den transatlantischen Passagierschiffen organisiere, nachdem vom Vorstand selbst erklärt worden war, daß die Schiffsmusiker im Transportarbeiterverband am besten aufgehoben seien. Der Transportarbeiterverband könne mit dem Schiffpersonal auch dann die Verbindung aufrechterhalten, wenn sich die Schiffe auf Reisen befinden, was aber dem Musikerverband unmöglich sei und darum sei er auch besser in der Lage, die Interessen der Schiffsmusiker wahrzunehmen.

Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorsitzende Fauth einstimmig wiedergewählt. Der Kassierer Wlanschewski, der die Kassengeschäfte bisher im Nebenamt verwaltete, wird ab 1. Oktober festangestellt und als Agitationsleiter tritt der bisherige Bezirksleiter für Sachsen und Schlesien, Mai, in den Vorstand ein. Der Bezirksleiterposten wird aufgehoben.

Der Sitz des Vorstandes bleibt Berlin und der des Ausschusses Hamburg. Der nächste Verbandstag findet im Jahre 1916 in Frankfurt a. M. statt.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Tarifierneuerung im Baugewerbe.

I.

Von allen Tarifbewegungen, die die deutschen Gewerkschaften bis jetzt zu führen hatten, sind die Tarifbewegungen für das Baugewerbe seit dem Jahre 1908 von größter Bedeutung geworden. Einmal sind an den baugewerblichen Tarifverträgen mehr Arbeiter beteiligt als an denen irgend eines anderen Berufes, dann aber sind vom Baugewerbe so viele Industrien abhängig, daß ein großer Kampf im Baugewerbe das ganze wirtschaftliche Leben der Nation erschüttern kann. Und schließlich kommt den baugewerblichen Tarifbewegungen auch zur Fortbildung des Tarifvertragswesens eine große Bedeutung zu. Mehr als alle anderen Unternehmergruppen — abgesehen von den Prinzipalen im Buchdruckgewerbe — haben es die Unternehmer des Baugewerbes verstanden, die Tarifbewegungen zu zentralisieren und immer größere Arbeitermassen in sie hineinzuziehen. Entsprechend ist dieser Zentralisationsgedanke dem scharfmacherischen Bestreben der Unternehmer, durch eine gewaltige, alle deutschen Bauarbeiter umfassende Aussperrung die Bauarbeiterorganisationen zu zerschmettern und dann den Niedrigergerungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu diktieren. Jahrelang haben die Unternehmer dieses Ziel mit großer Zähigkeit verfolgt. 1908, in

der Zeit der größten wirtschaftlichen Depression, sollte der erste Versuch gemacht werden. Doch war damals dem Arbeitgeberbund die Basis zu einem Entscheidungskampf noch nicht breit genug, und da sich die sieggewohnten, bis dahin im allgemeinen von Erfolg zu Erfolg geschrittenen Bauarbeiterorganisationen mit ganz unwesentlichen Lohnerhöhungen und der vertraglichen Bestimmung zufrieden gaben, daß die Löhne nirgends gekürzt werden sollten, so wurde damals eine Aussperrung vermieden. Aber der Anfang der centralen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war gemacht.

Dann arbeitete der Arbeitgeberbund planmäßig auf die große Aussperrung im Jahre 1910 hin. Alle in der Zwischenzeit ablaufenden Verträge wurden nur erneuert, wenn für sie der 31. März 1910 als Ablauftermin festgesetzt wurde, an dem auch die central geschlossenen Verträge abließen. Auf diese Weise schaffte sich der Arbeitgeberbund die Basis zu einer möglichst umfangreichen Aussperrung. Zum Unglück für den Bund fiel aber die Aussperrung nicht so aus, wie die Scharfmacher erwartet hatten. Zahlreichen Bundesmitgliedern und ganzen Ortsgruppen gingen die Knebelungsbestimmungen, die der Bund den Arbeiterverbänden aufzwingen wollte, zu weit. Sie kümmerten sich um den Aussperrungsbeschuß nicht, sondern ließen ruhig weiter arbeiten. Dazu kam, daß sich die ernst zu nehmende Öffentlichkeit zum weitaus größten Teil auf die Seite der Arbeiter stellte. Das war Wasser in den Wein der baugewerblichen Scharfmacher. Und als sich dann der Bund nach einer neunwöchigen Aussperrung, die viele Unternehmer dem Ruin nahe brachte, mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 5/4 Pf. abfinden mußte und auch seine sonstigen Vergewaltigungsabsichten nicht durchsetzen konnte, da kam der Arbeitgeberbund vollends zur Besinnung. Einige der wütendsten Scharfmacher verschwanden aus der Leitung der Organisation und man durfte hoffen, daß der Bund mit gleicher Frivolität wie 1910 keinen Kampf mehr vom Zaun brechen würde.

Vorerst tat jedoch der Bund, was jede gut geleitete Organisation tut: er rüstete auf alle Fälle zum Kampf. Er schuf sich einen Wehrschatz von einer Million Mark, gliederte sich den Deutschen Betonverein an und schloß Kartellverträge mit den übrigen baugewerblichen Unternehmerverbänden Deutschlands und des Auslandes ab. Mit dem Arbeitgeberverband für das Malergewerbe, dem Verband selbständiger Bildhauer, Stukkateure und Gipsler, dem Verband für das Steinseger- und Pflasterer- sowie für das Töpfer- und Ofensegergewerbe, mit den Installateuren und noch vier oder fünf anderen Verbänden vereinbarte er eine einheitliche Tarifpolitik und den gleichzeitigen Ablauf der Verträge, um eine einheitliche Führung des Kampfes auf breiter Grundlage zu ermöglichen. Die Baumaterialienhändler suchte der Bund zum Anschluß an ihn und zur Zahlung der Wehrschatzbeiträge zu zwingen, was ihm allerdings nur zum Teil gelang. Außerdem erhöhte der Bund für seine Mitglieder die ordentlichen Beiträge und suchte auch sonst in jeder nur denkbaren Weise seine Macht zu verstärken. Das alles sah ganz danach aus, als ob der Bund auch 1913 den Kampf wieder aufnehmen wollte, und als im März dieses Jahres die mit ihm kartellierten Malermeister ihre Gehilfen aussperrten, neigte man in Gewerkschaftskreisen zu der Annahme, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hinter dieser Aussperrung stehe und daß diese nur

das Vorspiel zu einer allgemeinen Aussperrung aller Bauarbeiter sei.

Inzwischen hatten auf Anregung des Staatssekretärs Dr. Delbrück mehrere zentrale Verhandlungen stattgefunden. Gleich bei der ersten — München, Ende Dezember 1912 — erklärten die Unternehmer, daß sie zur Erneuerung und, falls man sich über deren Inhalt nicht einigen könne, zur Verlängerung der alten Verträge um ein Jahr bereit seien. Auch die Arbeitervertreter erklärten sich zur Fortsetzung des Vertragsverhältnisses bereit; sie wünschten aber eine Umgestaltung des alten Hauptvertrages und eine Verbesserung des Vertragsmusters. In den Vordergrund ihrer Forderungen stellten jedoch die Arbeitervertreter von Anfang an eine allgemeine Lohnerhöhung, um durch sie die unheilvollen Wirkungen der allgemeinen Lebensmittelverteuerung wieder einigermaßen auszugleichen. Ohne die Zusicherung einer allgemeinen Lohnerhöhung hätten Verhandlungen über den Hauptvertrag und das Vertragsmuster keinen Zweck; denn die Arbeiterorganisationen müßten den Abschluß neuer Verträge ohne eine allgemeine Lohnerhöhung unter allen Umständen ablehnen. Außerdem wünschten die Arbeitervertreter, daß die Unternehmer einer Herabsetzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden nichts in den Weg legen, also ihren früheren Beschluß zur Frage der Arbeitszeit aufgeben sollten. Sie hielten es für zweckmäßig, daß eine allgemeine Mindestlohnerhöhung central vereinbart und die weiteren Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne und die Verkürzung der Arbeitszeit den örtlichen Verhandlungen überlassen blieben.

Die Vertreter des Arbeitgeberbundes erkannten zwar an, daß eine Verteuerung der Lebensmittel eingetreten sei; sie lehnten auch nicht jede, wohl aber eine allgemeine Lohnerhöhung ab mit der Begründung, ein allgemeines Lohnversprechen würde zwecklos sein, weil der Bund seine Bezirksverbände gar nicht zwingen könnte, ein solches Versprechen einzulösen. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit lehnten sie nicht grundsätzlich ab, weigerten sich aber entschieden, dort, wo etwa eine den Verhältnissen angemessene Verkürzung der Arbeitszeit eintrete, einen Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit zu gewähren. Ebenso lehnten die Bundesvertreter ab, ihren Unterverbänden eine allgemeine Lohnerhöhung und Entgegenkommen bei der Verkürzung der Arbeitszeit zu empfehlen. Wenn sich die Bezirksverbände des Arbeitgeberverbandes mit den Bezirksvertretungen der Arbeiterorganisationen auf Lohnerhöhungen einigten, so wolle dem die Bundesleitung nicht entgegenstehen. Im übrigen seien die Bundesvertreter der Meinung, daß vor Eintritt in die örtlichen Verhandlungen der Hauptvertrag und das Vertragsmuster zwischen den Centralverbänden festgelegt werden müßten, da ohne diese Grundlage örtliche Verhandlungen nicht möglich seien.

Eine Einigung über diese Streitfragen war nicht möglich, und man ging mit dem Beschluß auseinander, in der zweiten Hälfte des Januar wieder zusammenzukommen. Aber bei diesen neuen Verhandlungen — Berlin, 21. und 22. Januar — kam man keinen Schritt weiter. Die Arbeitervertreter wiederholten ihre Wünsche auf eine allgemeine Lohnerhöhung und hielten Verhandlungen über das Vertragsmuster und den Hauptvertrag ohne Lohngarantie für zwecklos. Die Unternehmer lehnten auch hier eine allgemeine Lohnerhöhung ab und ver-

langten, daß zuerst einmal Klarheit über die Gestaltung des Hauptvertrages und des Vertragsmusters geschaffen werde. Als dann die Unparteiischen — Dr. Brenner, v. Schulz und Rath — vorschlugen, der Arbeitgeberbund möge mit seinen Mitgliedern nochmals Fühlung nehmen und dann erneut in eine Prüfung der Lohnfrage eintreten, um dadurch eine brauchbare Grundlage für weitere Verhandlungen zu schaffen, erklärten sich die Bundesvertreter damit einverstanden, aber nur, um bei den neuen Verhandlungen am 25. und 26. Februar in Berlin eine allgemeine Lohnerhöhung erneut abzulehnen.

Auch bei diesen Verhandlungen kam man nicht vorwärts. Es sollten diesmal die Anträge der Parteien zum Hauptvertrag und Vertragsmuster besprochen und dabei die Frage der Lohnerhöhung beraten werden. Beide Parteien vertraten aber die gleichen Ansichten wie bei den früheren Verhandlungen. Die Arbeitervertreter wollten nur unter der Voraussetzung über Hauptvertrag und Vertragsmuster verhandeln, daß am Schluß der Verhandlungen doch noch eine allgemeine Lohnerhöhung bewilligt und ohne sie kein Vertrag geschlossen werde. Die Unternehmer lehnten diese Bedingungen ab. Sie hielten nach wie vor Verhandlungen über die Lohnhöhe nur in den einzelnen Orten oder Bezirken für möglich, und zwar auf Grund des vorher fertigzustellenden Hauptvertrages und Vertragsmusters. Man redete dann noch einen Tag an einander vorbei und als man sah, daß weitere Verhandlungen zwecklos waren, wurden diese auf den 9. März vertagt.

So war drei Wochen vor Ablauf der alten Verträge, trotz dreimaliger Verhandlungen, zum Abschluß neuer Verträge noch so gut wie gar nichts getan. Man hatte nur gegenseitig allgemeine Wünsche ausgetauscht; die Bekanntgabe der klar präzierten Forderungen hatte man so lange als möglich verschoben. Diese Taktik war für die Arbeiterorganisationen insofern vorteilhaft, als dadurch die eigentlichen Verhandlungen aus der Zeit der fühlbarsten Geschäftsflaute in die Zeit der neu beginnenden Bautätigkeit verlegt wurden. Allerdings war diese Bautätigkeit auch im März und April noch nicht sehr lebhaft, einestheils deshalb, weil das Baugewerbe immer noch unter den Folgen der Balkanwirren zu leiden hatte, andernteils aber auch deshalb, weil die Bauunternehmer und Bauherren ihre aufschiebbaren Arbeiten vor der Entscheidung über Krieg und Frieden nicht in Angriff nahmen. Aber wenn man nun überhaupt noch mit der friedlichen Erneuerung der Verträge rechnen wollte, dann ließen sich jetzt ernsthaftere Verhandlungen nicht mehr länger hinausschieben. So wurde bei den Verhandlungen in der zweiten Märzwoche über die von beiden Parteien zum Hauptvertrag und Vertragsmuster eingereichten Anträge verhandelt. Da auch dabei eine Einigung zwischen den Parteien nicht zustande kam, arbeiteten die Unparteiischen schließlich den seitherigen Hauptvertrag und das Vertragsmuster auf Grund der Anträge und der Aussprache um und legten beide den Parteien zur Erklärung vor. Und zwar sollten die Parteien nur erklären, ob sie bereit seien, auf Grund der Vorschläge der Unparteiischen in die örtlichen Verhandlungen einzutreten. Die endgiltige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der Vorschläge sollte erst erfolgen, nachdem auch die Verhandlungen über Lohn und Arbeitszeit sowie über die anderen örtlich zu regelnden Punkte zu Ende geführt waren. Zu diesem

lich eingeengt worden. Dann aber auch durch die Arbeiter selber, die sich weigern, Überzeit zu machen. Es kann nun nicht scharf genug hervorgehoben werden, daß trotz des guten Geschäftsganges auf den Schiffswerften die Unternehmer entschlossen sind, bei dieser Gelegenheit die Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen. Und zwar herrscht bei den Unternehmern absolute Übereinstimmung in dieser Beziehung und auch die Vernunft steht auf ihrer Seite, denn die Lage ist einfach unhaltbar geworden. Es sind eben Elemente vorhanden, welche es jeder Partei als selbstverständlich erscheinen lassen, daß ein zeitweiliger Produktionsstillstand eintrete. Einesteils weil die Arbeiter eine gute Zeit hinter sich haben, während welcher sie hohe Löhne verdient haben und es drängt sie nach einer Periode der Ferien auf Kosten der Gewerkschaftskassen. Bei den Unternehmern wiederum wird es immer schwieriger, das Rohmaterial zu annehmbaren Preisen zu erhalten."

Man wird schon zugeben müssen, daß man schwerlich eine Lage mit raffinierterem Zynismus schildern kann, als das hier geschehen ist. Immerhin gibt das hier Gesagte Klarheit über den bestehenden Zustand in der Schiffbauindustrie des Nordens. Das oben genannte Blatt führt weiter an, daß die Arbeiter in dieser Geschäftskonjunktur bereits drei Lohnerhöhungen von 5 Proz. errungen haben und daß die Löhne nie so hoch gewesen sind als gerade jetzt.

Leider herrscht bei den Arbeitern in bezug auf Lohnforderung keine vollständige Einheitlichkeit. Die Kesselschmiede sind mit einer 5prozentigen Lohnerhöhung nicht zufrieden und verlangen eine solche von 7½ Proz. Es erklärt sich dieser Zustand folgendermaßen: Die Kesselschmiede arbeiten in sogenannten „Squads“ (Motten) zusammen. Zwei Mieter haben stets einen Hilfsarbeiter oder holder up (Zureicher), welcher diesen untersteht und von diesen entlohnt wird. Für jede zwei Schillinge, die die Mieter verdienen, erhält der holder up 75 Pf. Letztere verlangen nun 85 Pf. und da die Mieter sich keinerlei Lohnbeschränkungen gefallen lassen wollen, haben sie eben die Forderung für eine Extra-Lohnerhöhung von 2½ Proz. gestellt. Bevor also die föderierten Gewerkschaften einheitlich vorgehen können, müssen die Kesselschmiede die 2½ Proz. errungen haben. Bei diesen hat bereits vor einigen Wochen eine Urabstimmung über die Frage stattgefunden, sonderbarerweise beteiligten sich von den 62 000 Mitgliedern nur 9 Proz. an der Urabstimmung, von diesen erklärten sich 7 Proz. für den Streik. Der geringe Prozentsatz der Abstimmenden erklärt sich nun aber daraus, daß die Mieter sich gar nicht an derselben beteiligten; so rekrutierten sich die 9 Proz. hauptsächlich aus den holder up, welche aber entschlossen sind auch ihrerseits einmal ihren Lohn zu erhöhen, evtl. durch den Streik. Sollte das jedoch passieren, so wollen die Unternehmer zur Aussperrung der Kesselschmiede greifen. Und weshalb? Letztere machen alle Anstrengungen, um zunächst die extra 2½ Proz. auf die Kesselschmiede abzuwälzen. Wie man also sieht, ist die Lage sehr gespannt. Der Hauptvorstand der Kesselschmiede versucht die Mitglieder zu überzeugen, daß ein einheitliches Vorgehen seitens aller föderierten Gewerkschaften hoch notwendig ist. Dieses ist aber doch augenscheinlich nur zu erreichen, wenn von der Forderung der extra 2½ Proz. Abstand genommen wird. Der Hauptvorstand hat nun eine Urabstimmung ausgeschrieben, durch die er eine unab-

hängige Handhabe erzielen will, damit er in der Lage ist, „gemeinschaftlich mit den Vorständen der anderen Gewerkschaften vorgehen zu können.“

London, 26. Mai.

H. W.

Polizei, Justiz.

Der Ruhrbergarbeiterstreik in gerichtlicher Beleuchtung.

Am 23. Mai kam vor dem Schöffengericht zu Essen eine Klage des Vorstandes des Bergarbeiterverbandes gegen den Redakteur der „Essener Volkszeitung“, Santamer, zur Verhandlung, deren Verlauf das Interesse der breiten Öffentlichkeit verdient. Drehte sich die siebenstündige Verhandlung doch im wesentlichen um die Frage der Berechtigung des vorjährigen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet. Nicht als ob es zur Rechtfertigung dieses Streiks erst der Nachprüfung eines bürgerlichen Gerichtes bedürft hätte. Aber angesichts der von den Centrumschristen bis in die jüngste Zeit hinein immer wieder gegen den sogenannten alten Verband erhobenen Beschuldigung, als ob durch die Inzenerierung des Streiks die Interessen der Ruhrbergleute in schönester Weise verletzt, als ob förmlich Verrat an ihnen verübt worden sei, schien dem Vorstände des Bergarbeiterverbandes eine gerichtliche Klarstellung für angebracht. Und wiewohl die Sache infolge mehrfacher Vertagung erst jetzt zur Verhandlung gekommen ist, darf man sagen, daß der Verbandsvorstand gut daran getan hat, den Klageweg zu beschreiten. Bei der Art der in Frage kommenden Vorwürfe hatte der Vorstand es schließlich auch als seine Pflicht erachtet, seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit eine gerichtliche Klarstellung der tatsächlichen Vorgänge zu bieten.

Gegenstand der Verhandlung waren ein Artikel in der Essener „Volkszeitung“ vom 13. März 1912, dem dritten Streiktag, und zwei Artikel in der Nummer vom 2. April 1912, die also nach dem Streik erschienen waren. Der Kern der drei an Verbalinjurien reichen Artikel wurde vom Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Herzfeld (Essen), und vom Gericht in folgende drei Formeln zusammengefaßt:

1. Die Leiter des alten Verbandes haben sich mit englischem Gelde bestechen lassen, damit vermöge eines Streiks es dem englischen Grubenkapital ermöglicht werde, seine frühere Position auf dem deutschen Markt zu erreichen.

2. Der alte Verband hat Verrat an seinen Verbündeten geübt, indem er öffentlich zum Ausharren des Streiks aufforderte, als die Grubenbesitzer mit Einbehaltung der Kontraktbruchstrafe im Falle des Nichtwiedereinfahrens binnen aufgebener Frist drohten, hinterrücks habe er aber massenhaft seinen Mitgliedern Arbeitstagen ausgestellt und sie zur Arbeit geschickt, damit sie sich ihre Arbeit sichern und der Streik verloren gehe.

3. Bei Inzenerierung des Streiks haben die Führer des alten Verbandes sich nicht von sachlichen Motiven im Interesse der Arbeiter leiten lassen, sondern ihre Absicht sei gewesen, den christlichen Gewerkschaften zu vernichten und der Sozialdemokratie eine politische Ernte zu verschaffen.

Während Herr Santamer nach Verlesung der Artikel auf Befragen des Vorsitzenden, was er dazu zu sagen habe, fest erklärte, das werde die Verhandlung zeigen, er trete für alles, was er behauptet habe, den Wahrheitsbeweis an, hielt es sein Verteidiger,

Verfahren erklärten sich beide Parteien bereit. Die bisherigen Verträge wurden zunächst bis zum 19. April verlängert.

Die örtlichen Verhandlungen wichen insofern von jenen im Jahre 1910 ab, als die Unternehmer in einzelnen Gebieten ziemlich weitgehende Lohnangebote machten und sich in einzelnen Orten auch mit der Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden einverstanden erklärten. Damit war zunächst bewiesen, daß der Bundesvorstand seinen Unterverbänden diesmal Lohn erhöhungen nicht generell verboten hatte. Und ferner war bewiesen, daß der Bund seinen früher gefaßten Beschluß, unter keinen Umständen eine Verkürzung der Arbeitszeit unter 10 Stunden zuzugeben, nicht aufrecht erhalten wollte. Als die ersten Verhandlungsergebnisse aus Sachsen und dem Osten Deutschlands vorlagen, konnte man mit einiger Sicherheit auf die friedliche Erledigung der Tarifierneuerung rechnen. Dort hatten sich Arbeiter und Unternehmer in vielen Orten geeinigt, und man sagte sich, daß das, was in Sachsen, dem Sitze des Arbeitgeberbundes und seiner besten Organisationen geschehe, doch nicht ohne Einfluß auf die übrigen Gebiete des Reiches bleiben könnte. Ebenso mußte das Beispiel Ostpreußens, wo an der Spitze der Unternehmerorganisation ein jahrelang als grimmiger Scharfmacher verschriener Mann steht, einen Einfluß im friedlichen Sinne ausüben. Bis zu einem gewissen Grade ist das auch geschehen. In Friesland sowie in einzelnen Orten Süd- und Mitteldeutschlands machten die Unternehmer annehmbare Zugeständnisse. In anderen Gebieten dagegen, besonders in Rheinland und Westfalen, trieben die Unternehmer eine wahrhaft aufreizende Politik, indem sie die Verhandlungskomödie von 1910 wiederholten und keinerlei oder keine nennenswerten Zugeständnisse machten. Selbstverständlich mußte ein solches Verhalten die Bauarbeiter dieser Gebiete empören. Die Organisationen hatten Mühe, sie vom sofortigen Losschlagen zurückzuhalten und den vereinbarten Waffenstillstand zu respektieren. Aber es gelang: die Bauarbeiter fügten sich in der Hoffnung, daß schließlich doch noch ein annehmbares Ergebnis herauskomme, sei es durch zentrale Verhandlungen, einen Schiedspruch oder den als letztes Mittel immer noch in Aussicht stehenden Streik.

Als der Waffenstillstand am 19. April abließ, waren die örtlichen Verhandlungen über Lohnhöhe, Arbeitszeit und die anderen örtlich zu regelnden Punkte noch nicht ganz beendet, so daß die Parteien die Verträge zunächst bis zum 22. April verlängerten. An diesem Tage trat man in Berlin wieder zu zentralen Verhandlungen zusammen. Man beschloß, daß die Verhandlungen für die einzelnen Orte spätestens am 30. April beendet sein müßten. Für jene Orte, für die eine Einigung nicht zu erreichen war, sollten dann von den Unparteiischen Vorschläge gemacht werden. Soweit Lohn erhöhungen oder eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zum 1. Mai örtlich vereinbart wären, sollten sie mit Beginn der ersten Lohnzahlungsperiode des Monats Mai in Kraft treten. Die nach dem 1. Mai getroffenen Vereinbarungen sollten bis zu diesem Zeitpunkt rückwirkende Kraft erhalten. Um die Verhandlungen führen zu können, wurden die alten Verträge erneut, diesmal auf unbestimmte Zeit, verlängert. Während der Dauer der Verhandlungen sollten Zwangsmaßnahmen von beiden Seiten unterbleiben.

Die Einigungsverhandlungen für die nicht geeinigten Orte fanden vom 27. bis 30. April in Berlin statt. Am 30. April hatte man sich für alle Orte Ost- und Westpreußens, Elsaß-Lothringens, Südbayerns und Neu-Vorpommerns geeinigt. Ebenso hatte man sich für alle Orte im Königreich Sachsen, mit Ausnahme von Leipzig und Wurzen, geeinigt. Die Unternehmer Rheinland-Westfalens hatten aber auch noch bei diesen Verhandlungen jede Lohn erhöhungen abgelehnt. Für diese und für eine Reihe anderer Gebiete mußten die Unparteiischen Vorschläge machen. Das geschah am 1. Mai. In den Vorschlägen wurde gesagt, daß die Unparteiischen „unter Beachtung der sonst im Deutschen Reich erzielten Vereinbarungen und unter Würdigung der allgemeinen Wirtschaftslage und besonderen Verhältnisse eine auf drei Jahre zu verteilende Erhöhung der tariflichen Löhne von 4 Pf. für angemessen erachteten. Für kleinere Lohngebiete erschiene eine Herabminderung um 1 Pf., für größere eine Erhöhung um 1 Pf. begründet.“ Bei der Lohnsteigerung um 4 Pf. sollten im allgemeinen im ersten Jahre 2 Pf., in den nächstfolgenden Jahren je 1 Pf.; bei 5 Pf. in den ersten beiden Jahren 2 Pf., im letzten Jahre 1 Pf.; bei 3 Pf. im ersten Jahre 2 Pf., im zweiten Jahre 1 Pf. in Ansatz gebracht werden. Dort, wo die Differenz zwischen den tariflichen Löhnen der Maurer und Hilfsarbeiter bei Ablauf des Vertrages mehr als 12 Pf. betrug, sollte der Lohn der Hilfsarbeiter am 1. April 1915 allgemein um 1 Pf. erhöht werden. Das gleiche sollte in jenen Orten für Zimmerer geschehen, wo der Lohn der Zimmerer hinter dem der Maurer noch zurücksteht. Für die Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag wurde außerdem ein Lohnausgleich von 2 Pf. pro Stunde festgesetzt. Alle über diese Vorschläge hinaus bei den örtlichen oder zentralen Verhandlungen bedingungslos gemachten Zugeständnisse, sollten ihre Gültigkeit behalten.

Gärung in der britischen Metallindustrie.

Soll man den dem Metallunternehmertum nachstehenden Prekorganen Glauben schenken, so bereitet sich in der Schiffbauindustrie im Norden Englands ein hartnäckiger Kampf vor. Die föderierten Gewerkschaften dieser Industrien, etwa 19 an der Zahl (Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bildhauer, Zimmerer, Maler und Anstreicher u. a. m.), verlangen eine Lohn erhöhungen von 5 Proz., eine Forderung, gegen die sich die Unternehmer sträuben. So schreibt „Engineering“, ein bedeutendes Unternehmerfachblatt: „Die Arbeiter, und zwar besonders die in der Maschinen- und Schiffbauindustrie, befinden sich in einem Zustand ernstlicher Gärung. Es erklärt sich dieser Zustand aus der überaus großen Nachfrage nach Arbeitskräften. In der Tat bleibt das Angebot weit hinter der Nachfrage zurück, was teilweise der überaus günstigen Konjunktur zuzuschreiben ist“, und ferner liege es an den durch Gewerkschaftspolitik hervorgerufenen Beschränkungen der Lehrlinge und an der Auswanderung. Dann fährt das Blatt fort: „Aber alle diese Nebenerscheinungen verstummen vor der riesenhaften Aktivität, die man überall auf den Werften sowie in den Werkstätten antrifft. Diese außergewöhnliche Nachfrage nach Arbeitskräften hat das unerbittliche ökonomische Gesetz in den Vordergrund gerückt, welches bestimmt, daß sich der Lohn der Arbeitskraft nach Angebot und Nachfrage richtet. Im vorliegenden Falle ist das Angebot durch die Taktik der Gewerkschaften künst-

der bisherige Landtagsabgeordnete Dr. Bell, für ratsam, zu sagen, daß für die Behauptung zu 1 ein Wahrheitsbeweis nicht geführt werden solle, auch nicht brauche, weil — der Vorwurf der Bestechlichkeit gar nicht erhoben sei.

Aber auch hinsichtlich der beiden anderen Behauptungen ist der Beweis vollständig misslungen, wie auch der Richter bei Verkündung des Urteils — das auf je 50 Mk. Geldstrafe wegen jeder der die Beleidigungen enthaltenden Nummern und Publikationsbefugnis lautete — ausdrücklich hervorhob!

Ueber die Behauptung zu Punkt 2 wußten die vom Angeklagten benannten Zeugen Hermann Imbusch und Giesberts aus eigener Wissenschaft gar nichts! Sie hatten lediglich einmal von Polen bzw. „aus der Zeitung“ gehört, daß der alte Verband heimlich in der behaupteten Absicht Arbeitsarten in großer Menge ausgestellt habe. Beide mußten aber zugeben, daß es sich bei den sogenannten Arbeitsarten nur um Ausstellung von Karten für Invaliden handelt, die das Gnadenbrot essen und die über Tage beschäftigt, aber bei der Kohlenförderung gar nicht beteiligt sind; daß solche Karten bereits 1905 beim gemeinsamen Streik vereinbarungsgemäß auch solchen Arbeitern ausgestellt wurden, die auf Zechen beschäftigt waren, welche zur Stilllegung kommen sollten. Ueberdies wurde durch das Zeugnis des Verbandssekretärs Husemann festgestellt, daß im ganzen seitens des Verbandes noch keine 100 Arbeitsarten ausgestellt wurden, daß dies bei Beginn des Streiks geschehen ist und nicht, wie der Angeklagte behauptet hat, erst bei der erwähnten Gelegenheit; daß die Ausstellung vor allem in vollem Einverständnis unter den drei Verbänden geschehen ist und daß sogar die Leitung der polnischen Berufsvereinigung sich zwecks Beschaffung ihres Bedarfs an solchen Karten ein Muster vom Verband erbeten hat.

Die Beweisführung für den mit Ausstellung von Arbeitsarten angeblich begangenen Verrat der „hinterlistigen Verbandsführer“, die der Verteidiger Bell mit komisch wirkender Wichtigkeit durch Vorlegung einer einzigen „leibhaftigen“ Arbeitskarte siegesbewußt eingeleitet hatte, verlief für die Christen so trostlos, daß Herr Bell schon nach der Vernehmung des ersten Zeugen, des Herrn Imbusch, eiligst den Rückzug antrat, indem er flugs erklärte: „Wir haben an einer weiteren Beweisführung über diesen Punkt kein Interesse mehr!“ Und Herr Dankamer verkroch sich eilends hinter den nationalpolnischen „Marodowic“, der die Verleumdung zuerst gebracht habe.

Mit um so größerem Eifer suchten Herr Dankamer und sein Verteidiger den Beweis für die dritte der wahnwitzigen Behauptungen zu bringen. Ein Unterfangen, von dem der Richter schon zu Beginn der Verhandlung meinte, daß es nicht gelingen werde. Denn ob der Streik „sinn- und kopflos“ und frivol begonnen, sei doch Ansichtssache; es sei denn, daß man wirklich ganz konkrete Tatsachen für die Behauptung anführen könne. Es wurden aber nicht nur keinerlei Tatsachen für die geradezu wider besseres Wissen aufgestellten Behauptungen erbracht, sondern die Christen holten sich bei der Beweisaufnahme über diesen Punkt erst vollends blutige Köpfe.

Herr Imbusch erklärte, daß nach seiner Ueberzeugung der Streik sinn- und kopflos begonnen worden sei, weil die Arbeitgeber ja zum 1. April 1912 eine Lohnerhöhung zugesichert gehabt hätten.

Dabei mußte er auf Vorhalt zugeben, daß der Zechenverband sich in seinem Antwortschreiben für ungenügend erklärt, und daß auch die Zechenverwaltungen, an die man sich darauf im einzelnen wandte, bereits zum größten Teil ablehnende oder ausweichende Bescheide erteilt hatten. Als Imbusch einwarf, daß die Zusicherung einer Lohnerhöhung aber indirekt aus dem Schreiben des Zechenverbandes hervorgegangen sei, und dieses darauf berufen worden war, mußte er sich sogar vom vorsitzenden Richter sagen lassen, daß nicht einzusehen sei, wie man eine solche Schlussfolgerung aus dem Schreiben ziehen könne.

Bei der Frage, ob nicht vorher von Gewerkeinsseite wiederholt erklärt worden wäre, daß eine Lohnbewegung erst mit Aussicht auf Erfolg inszeniert werden könne, wenn auch in England gestreikt würde, verließ den Zeugen das Gedächtnis. Auch erinnernde Vorhaltungen versagten. Dafür blieb dem Zeugen nicht erspart, daß Sache ihm das Protokoll über die gemeinsame Vorstandskonferenz vom Oktober 1911 vorlegte, nach welchem der Redakteur Heinrich Imbusch vom „Bergknappen“ u. a. erklärt hat, daß die Unternehmer gutwillig nichts bewilligen würden und daß man schließlich die Massen nicht mehr werde halten können. Bemerkenswert von den vielerlei Befundungen des Herrn Imbusch war noch die, die er auf einen Vorhalt des Genossen Sache machte. Als Sache ihn fragte, wie er denn seine Aussage über die Frivolität des Streiks im Ruhrrevier mit der Beteiligung des Gewerkevereins an dem viel geringere Chancen bietenden Streik in Oberschlesien vereinbaren wolle, erwiderte Imbusch: „Das läßt sich nicht vergleichen, und dann waren wir dort auch in geringerem Maße beteiligt.“ — Damit sollte wohl gesagt sein, daß bei den paar hundert Mitgliedern, die der Gewerkeverein dort hat, in diesem Falle die Solidarität nicht sehr kostspielig werden konnte. Aber wie wollen die Christen da noch länger mit ihrem Verhalten beim Ruhrstreik bestehen, das sie damit zu rechtfertigen suchen, daß sie grundsätzlich keinen Streik mitmachen, der nach ihrer Ansicht nicht alle Garantien für einen Erfolg bietet? —

Daß die Forderungen, die im Ruhrgebiet aufgestellt wurden, berechtigt waren, hat Herr Imbusch auf Vorhalt ausdrücklich zugegeben. Er mußte auch bestätigen, daß in der Oktoberkonferenz von 1911 die Lohnbewegung auf Antrag Gues bis nach der Reichstagswahl vertagt wurde, um die Einigkeit der Verbände nicht durch parteipolitische Momente zu gefährden; er gab weiter zu, zu wissen, daß die spätere Konferenz vom Vorsitzenden des Hirsch-Dunderischen Verbandes, Schmidt, einberufen war, der als freisinniger Reichstagskandidat seine Wähler aufgefordert hat, für den Nationalliberalen gegen den Sozialdemokraten zu stimmen. Und doch hielt Herr Imbusch seine Ansicht aufrecht, daß der Streik, der gemeinsam vom alten, vom Hirsch-Dunderischen und vom nationalpolnischen Verband beschlossen worden war, nicht aus sachlichen, gewerkschaftlichen Gründen begonnen wurde, sondern um die Sozialdemokratie zu fördern. Es war für die Herren Christen nicht schmeichelhaft, als der Vorsitzende erklärte: „Eine Tatsache für die Behauptung der politischen Gründe des Streiks habe ich von dem Zeugen nicht gehört!“

Ähnlich verlief die Vernehmung des Herrn Giesberts über die Behauptung zu 3. Auch er

machte sich die Begründung seiner Aussage leicht. „Gewerkschaftliche Gründe können nicht maßgebend gewesen sein, weil der Gewerkschaftsverein die Beteiligung an der Bewegung abgelehnt hatte“, erklärte er einfach. Nachdem der Zechenverband und der Minister Entgegenkommen gezeigt hätten, wäre der Streikbeschuß derart allen gewerkschaftlichen Regeln zuwider gewesen, daß ihm der parlamentarische Ausdruck dafür fehle, sagte Herr Giesberts weiter in tiefster sittlicher Entrüstung. — Herr Giesberts, der sich als gewerkschaftliche Autorität und guten Kenner der einzelnen Phasen der Bewegung gerierte, mußte sich von Sachse belehren lassen, daß weder das Schreiben des Zechenverbandes noch das ablehnende Verhalten der einzelnen Zechen, noch die Einladung des Ministers als ein Entgegenkommen, geschweige denn als Zusage einer nennenswerten Lohn-erhöhung angesehen werden konnte. Mehr noch: Als er sich auf die gänzlich unverbindliche Notiz in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (vom 2. März 1912) über die angeblich beabsichtigte Lohn-erhöhung (für Schichtlöhner!) berief und ihm entgegengehalten wurde, daß die Notiz ja sofort „von zuständiger Seite“ widerrufen worden ist, erzählte Herr Giesberts von einer Nachricht in der „Köln. Zeitung“, die die Wichtigkeit der desabonierten Notiz der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ bestätigt hätte. Eine Aussage, von der der als Zeuge vernommene Genosse Hue mit Recht sagen konnte, das sei etwas ganz Neues. Daß gerade das Gegenteil der Fall ist, davon wird der gute Sachkenner Giesberts sich wohl inzwischen selbst überzeugt haben.

Um konkrete Tatsachen für die angebliche Frivolität des Streikbeschlusses befragt, versiel Herr Giesberts schließlich auf die Unterlassung der gesetzlichen Kündigung. Auf den gewiß recht unbequemen Vorhalt des Genossen Sachse, daß ja bei dem von der Leitung des Gewerkschaftsvereins entrierten Streik im Saargebiet auch nicht rechtsgültig gekündigt worden sei, wußte Herr Giesberts nichts zu erwidern. Im weiteren Verlaufe der Vernehmung, die sich zeitweise sehr lebhaft gestaltete, gab Herr Giesberts in einem unbewachten Augenblick zu, daß man über die zu verfolgende Taktik verschiedener Meinungen sein könne. —

Das Versagen auch dieses Schutzzeugen und die gelegentliche Bemerkung des Vorsitzenden, daß er noch immer eine konkrete Tatsache für das Beweis-thema vermisste und daß mit „Gefühlen“ sich nichts beweisen lasse, hatten Herrn Hanfamer und seinen Verteidiger nervös gemacht. Sie verlegten sich deshalb bei der Vernehmung Hufemanns hauptsächlich darauf, daß die „Frivolität“ des Streiks in dem Mangel an genügenden Mitteln gelegen habe.

Mißlang ihnen auch der Versuch vollständig nachzuweisen, daß der Verband gegen sein eigenes Streikreglement verstößen habe, so errechneten sie mit Hilfe des Herrn Giesberts, daß der Verband etwa 50 Millionen Mark hätte haben müssen, wenn ein Streik mit Aussicht auf Erfolg hätte begonnen werden sollen. Auch da mußten die Herren erst wieder mit der Erinnerung an ihr eigenes Tun und Handeln, beispielsweise im Falle Saarbrücken, erinnert werden, um sie zum Schweigen zu bringen. Herr Giesberts gab den mit diesem Rechnungskunststücken vom Angeklagten und seinem Verteidiger vermeintlich erzielten Triumph selbst preis — natürlich ohne es zu wollen — indem er auf Vorhalt zugab, daß es Situationen gebe, wo ein Streik in ein paar Tagen gewonnen werden

könne. — Ein gleich wertvolles Eingeständnis machte in der Hitze des Geichts Herr Imbusch, indem er auf eine Frage bemerkte: „Ja, wenn der Gewerkschaftsverein mitgemacht hätte, würde es zu einem Streik nicht haben kommen brauchen.“ Eine Aeußerung, die er schleunigst bestritt, getan zu haben, als er sich über ihre Bedeutung klar wurde.

Was zur Besiegung der Niederlage der Christen noch fehlte, wurde durch das Zeugnis des Genossen Hue ergänzt, der einleitend zum Beweis-thema bemerkte, wer behaupte, daß der Streik nicht aus sachlichen Motiven und lediglich im Interesse der Bergarbeiter beschlossen worden sei, der sage mindestens die objektive Unwahrheit. Die weitere Vernehmung des Genossen Hue gestaltete sich zeitweise schier dramatisch. Nachdem er einen knappen Abriss der Geschichte der Bewegung gegeben hatte, die bis in das Jahr 1910 zurückreicht, wobei er daran erinnerte, daß in der Oktoberkonferenz 1911 einer der jetzt so friedfertigen Christen (Imbusch) den Vorsitzenden Schmidt (D.D.) förmlich verhöhnt habe, weil dieser geglaubt hat, daß es ohne einen Streik abgehen könne, legte er eingehend dar, wie widersinnig es sei, der Koalition der drei Verbände zu unterstellen, sie habe den Streik inszeniert, um die Sozialdemokratie zu fördern. In jener Oktoberkonferenz, in der er über den englischen Bergarbeiterkongreß berichtete (der beschlossen hatte, um den Mindestlohn eventuell in den Generalstreik zu treten), habe Effert erklärt, ja, wenn die englischen Kameraden streikten, dann wäre auch für uns die Zeit günstig, dann würde der Gewerkschaftsverein wohl den in der vorausgegangenen Generalversammlung gefaßten reservierten Beschluß aufheben.

Nachdem Hue weiter daran erinnert hatte, daß er es gewesen ist, der (aus schon an anderer Stelle erwähnten Gründen) damals für eine Vertagung der Bewegung bis nach der Reichstagswahl eingetreten war, bekundete er unter seinem Eide: In der Konferenz, die kurz vor dem Streikbeschuß beim Minister Delbrück stattgefunden hat, haben Giesberts und Behrens die Forderungen für berechtigt anerkannt. Es sei aber nicht wahr, daß der Minister sich zur Vermittlung erbötigen hätte. Sein Wort der Zusage nach dieser Richtung habe er gemacht. Er habe erklärt, sich nur informieren zu wollen. Erst auf eindringliche Vorstellungen habe er sich schließlich bereit erklärt, einen Kommissar ins Stumpfgebiet zu entsenden. Nicht einmal das Versprechen habe er abgegeben, den Kommissar noch am selben Tage zu entsenden, damit möglicherweise noch bis zum Sonntag, den 10. März, wo die entscheidende Revierkonferenz stattfand, irgendein Erfolg zu verzeichnen wäre. Man wisse bis heute nicht, ob und wann der Kommissar im Revier gewesen und evtl. mit welchem Erfolge.

Wie sehr man auf Seiten des Verbandes, wie des Dreibundes überhaupt, darauf bedacht gewesen ist, den Streik zu vermeiden, wenn nur einige Erfolge garantiert worden wären, gehe daraus hervor, daß Sachse wenigstens eine etwa 10prozentige Lohn-erhöhung herauszuschlagen bestrebt war. (Eine Aussage, die Giesberts als richtig bestätigte. D. W.) Aber noch mehr sei geschehen, um das äußerste möglichst zu verhüten. Als in der Konferenz die Absicht laut wurde, über das Resultat das Nötigste durch die Presse bekanntzugeben, habe er (Hue) davor gewarnt. Er habe geltend gemacht, daß die Zechenherren sich in ihrer ablehnenden Haltung versteifen

würden, wenn die Sache den Anschein bekomme, als ob der Minister sich habe breitschlagen lassen, auf die Unternehmer einzuwirken. Man möge deshalb lieber absolutes Stillschweigen beobachten. So sei denn auch beschlossen worden. Am anderen Tage habe jedoch der „Verl. Lok-Anz.“ einen ausführlichen und zutreffenden Bericht über die Konferenz gebracht. Nach Lage der Dinge — der Minister habe offiziell auf das bestimmteste erklärt, daß er so wenig wie Verghauptmann v. Velsen in Betracht komme — könnten nur Giesberts oder Wehrens — direkt oder indirekt — als Gewährsmänner in Frage kommen.

Herr Giesberts ließ hierbei den Zwischenruf fallen: „Unerhört“, worauf auch Santamer und Bell lebendig wurden und heftig protestierten. Sue wiederholte aber mit aller Bestimmtheit, daß nach Lage der Dinge und nach seiner Ueberzeugung ein anderer Schluß gar nicht möglich sei. Wenn Herr Giesberts beitrete, irgend etwas damit zu tun zu haben, so bleibe Herr Wehrens übrig.

Nachdem Herr Giesberts noch bestätigte, daß der Verghauptmann v. Velsen in der Konferenz auf Befragen, ob er als Chef der fiskalischen Gruppen dann nicht mit einer Zusage ein gutes Beispiel geben wolle, erklärt habe, er könne keinerlei Versprechungen machen, war die Beweisaufnahme im wesentlichen beendet.

Dem Vertreter der Kläger, Rechtsanwalt Herzfeld, war es nach der „Beweisführung“ des Angeklagten ein leichtes, darzutun, daß der Beweis, soweit er versucht worden war zu erbringen, gänzlich mißlungen sei und daß deshalb Verurteilung in allen drei Punkten aus §§ 186 und 185 St.G.B. erfolgen müsse. Daß der Verteidiger Dr. Bell sich alle erdenkliche Mühe gab, die völlig verlorene Position zu retten, vertritt sich von selbst. Weniger verständlich war die Kühnheit, mit der er die Beweisaufnahme für die Freisprechung seines Klienten zu fruktifizieren versuchte, wobei er es an scharfen Angriffen und verdächtigen Unterstellungen gegenüber den Zeugen Hufemann und besonders Sue nicht fehlen ließ. Was ihm eine Mühe des Vorstehenden eintrug. Immer wieder suchte Herr Bell glauben zu machen, daß sein Klient ja nur in — Abwehr gehandelt habe. Zudem reklamierte er den Schutz des § 193 als selbstverständlich.

Das Gericht erkannte, wie bereits eingangs berichtet. Begründend führte der Richter aus, daß die drei Artikel schwere Beleidigungen enthielten. Auch der Vorwurf der Bestechlichkeit der Verbandsführer sei darin erhoben. Der Wahrheitsbeweis sei, soweit er angetreten wurde, mißlungen. Dem Beklagten komme lediglich die Erregung zugute, in der er sich in jener Zeit befunden habe. In der Form sei er aber auch viel zu weit gegangen. § 193 könne nicht in Frage kommen. Der Beklagte habe weder als Führer der Centrumspartei, noch als Redakteur, noch als Freund des Herrn Giesberts — der in einem nicht vom Vorstand, sondern von der sozial-

demokratischen Partei Essens nach dem Streit herausgegebenen Flugblatt angegriffen worden sein soll — das Recht, so zu handeln wie er getan.

Die Bedeutung des Prozesses liegt natürlich weniger in dem Urteil, als in dem, was die Verhandlung ergeben hat. Das Resultat der Verhandlung ist derart, daß man nur wiederholen kann: Es ist gut, daß die christlichen Verdächtigungen und Verleumdungen einer gerichtlichen Nachprüfung unterbreitet worden sind.

Zur Geschichte des Bergarbeiterstreiks von 1912, wie zur Charakteristik der Rolle, die der christliche Gewerksverein der Bergarbeiter dabei gespielt hat, stellt das sachliche Ergebnis des Prozesses jedenfalls einen sehr wertvollen, authentischen Beitrag dar.

Paul Wolf, Essen.

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 24 des „Corr.-Blatt“ wird die „Arbeiterrechts-Beilage“ Nr. 6 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 24 Seiten.

„Volksfürsorge“.

Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft.

Zur Leitung des von uns zu errichtenden literarischen Büreaus

suchen wir per sofort oder zum baldigen Antritt eine durchaus befähigte Kraft.

Meldungen mit Angaben der bisherigen Tätigkeit und der Gehaltsansprüche bitten wir bis zum 22. Juni zu richten an den

Vorstand der Volksfürsorge,

Hamburg, Beim Strohhause 32.

Rechnungsführer für Berlin gesucht.

Für das am 1. Juli d. J. ins Leben tretende Versicherungsunternehmen „Volksfürsorge“ ist für Berlin die Stelle eines

Rechnungsführers

zu besetzen. Gesucht wird eine Kraft, die über organisatorische Fähigkeiten verfügt, Massenweisen und Buchführung beherrscht, zur Führung der Registratur geeignet ist und einem Bureau selbständig vorzustehen vermag. Kenntnisse der Verhältnisse Groß-Berlins möglichst erwünscht.

Anfangsgehalt 3000 Mk. Eventuelle anderweite Dienstjahre können in Anrechnung gebracht werden.

Bewerbungen sind bis zum 14. Juni mit der Aufschrift „Bewerbung zum Rechnungsführer“ an den Unterzeichneten zu richten.

Die Anstellung soll möglichst sofort erfolgen.

Die Verwaltungskommission Berlin der „Volksfürsorge“.

J. A.: Adolf Ritter, Vorsitzender, Engelufer 15.

Ein Beamter für Statistik gesucht.

Für das Bureau der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird zum möglichst baldigen Antritt ein Beamter gesucht, der mit statistischen Arbeiten und deren textlicher Bearbeitung durchaus vertraut ist.

Bewerber wollen unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit auf statistischem Gebiete, sowie ihrer Gehaltsansprüche bis spätestens zum 20. Juni d. J. ihre Gesuche schriftlich bei dem Unterzeichneten einreichen.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

C. Legien, Berlin SO. 16, Engelufer 15.